

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2016



Recht: Späte Anerkennung

Ehrung für Ho Chi Minh?

DDR-Jugend und der Prager Frühling

Inhalt

Aktuell

- 3 Illegale Einäscherungen
Kaßberg-Verkauf
Umstrittene Nutzung
Minensuche gefordert

Recht

- 4 Späte Anerkennung

Aufarbeitung aktuell

- 5 Der Fall Moritzburg
- 6 Werben für den Lernort Sachsenhausen
- 8 Franz-Werfel-Preis für Freya Klier
Freiheitspreis für Menschenrechtszentrum

Geschichte

- 9 „Wir lassen uns den Sozialismus nicht einimpfen!“

Berichte

- 10 Kinder hinter Stacheldraht
Erfolgreicher Weg
- 11 Ein Abgesang
- 12 Würdigung politisch Verfolgter
- 13 Verweigerung von Menschenrechten macht krank
- 14 Erinnerung schafft Zukunft

Verbände

- 15 Aufruf
Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen
Roland Jahn in Kandel
- 16 UOKG-Kongreß
Gedenkveranstaltung
Suchanzeige
Jamnitz
- 17 25 Jahre IG Lager Mühlberg
Stellenangebot
Abschied

Service/Bücher

- 18 Der Idealist
- 19 Wie ein Blatt im Wind

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Am Stand der UOKG, die am 13. August 2016 gemeinsam mit dem Förderverein der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor ihre Solidarität mit den Opfern des Mauerbaus bekundete. Im Hintergrund ein Gefangenentransporter aus Hohenschönhausen.

Foto: N. Radlitz

Editorial

Wo stehen wir und wo wollen wir hin?

Liebe Mitglieder, Förderer und Freunde der UOKG,

aufregende Wochen liegen hinter uns und viel Arbeit vor uns. Wir haben einen erheblichen Beitrag dazu leisten können, daß Roland Jahn nunmehr erneut und diesmal ordentlich ins Amt des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen berufen werden konnte. Neben dem Unmut, den das Verhalten von Teilen der Bundesregierung in diesem Zusammenhang ausgelöst hatte, haben die Diskussionen aber auch etwas Positives hervorgebracht: Wir haben bessere Gesprächskontakte knüpfen und vertiefen können, die uns hoffentlich bei der weiteren Arbeit helfen werden.

Das Thema Aufarbeitung des SED-Unrechts ins Bewußtsein der Bürger, aber auch der Politiker zu rücken, die sich davon angesprochen fühlen, ist eine Aufgabe. Aber die viel größere Aufgabe ist es, bei denen zu werben und zu wirken, die mit „uns“ nichts anzufangen wissen oder nichts anfangen wollen.

Aufgegeben ist unsere Sache nicht. Deshalb kommt es darauf an, daß wir – die Mitgliedsverbände der UOKG, aber natürlich auch Verbände und Initiativen, die der UOKG nicht angehören, sich jedoch um den gleichen Themenkreis bemühen – eng abgestimmt sind, uns gegenseitig unterstützen und das gemeinsame Ziel niemals aus den Augen verlieren. Unterschiedliche Ansichten, auch aus den verschiedenen Opferperspektiven, sind völlig legitim. Was wir aber immer wissen müssen: Wenn wir Diskussionen, die notwendig sind, unkontrolliert laufen lassen, wird dies genutzt, um unsere Anliegen insgesamt in Frage zu stellen.

Deshalb auch von mir die herzliche Bitte an alle unsere Mitgliedsverbände und Initiativen: Bringen Sie sich in die Arbeit der UOKG ein, informieren Sie uns über das, was Sie tun. Fragen Sie nach, ob wir helfen können, denn wenn es geht, werden wir es immer tun. Und wenden Sie sich an uns oder auch an mich persönlich, wenn Sie Dinge bewegen. Ich zumindest werde immer versuchen, Ihnen ein fairer Gesprächspartner zu sein und wenn es irgendwie geht, vielleicht ein Stückchen weiterzuhelfen.

Ich habe in den vergangenen Monaten alle Einladungen von Mitgliedsverbänden und Initiativen – egal in welcher Ecke Deutschlands sie Veranstaltungen durchgeführt haben – angenommen. Wenn es möglich ist, richte ich das sehr gern ein. Ich möchte das Angebot an dieser Stelle erneuern, daß ich zur Verfügung stehe, auch für Veranstaltungen vor Ort. Ich komme zu Ihnen, wenn Sie es wünschen.

In der Bundesgeschäftsstelle der UOKG sind wir seit wenigen Wochen personell fast wieder vollzählig. Es ist nicht einfach, für unsere spezielle Arbeit die richtigen Leute zu finden, denn ein guter Studienabschluß ist das eine, aber das Wissen um die besonderen Anliegen der verschiedenen Opfergruppen und die nachvollziehbaren Befindlichkeiten der ehemaligen Opfer sind das andere. Ich glaube, wir haben mittlerweile die personellen Voraussetzungen geschaffen, daß unsere Arbeit kontinuierlicher werden kann. Ein Problem, das wir im Zuge der Diskussion um die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde in die Politik eingespeist haben, ist, daß wir es als Respektlosigkeit ansehen, daß die UOKG bzw. die einzelnen Personalstellen immer nur mit jährlichen Förderbescheiden bedacht wurden. Das bedeutete z. B., daß wir mit einem Mitarbeiter sechzehn Jahre lang sechzehn Mal Jahresarbeitsverträge geschlossen haben. Das ist natürlich kein Zustand, und das habe ich in meinen vielen Gesprächen deutlich gemacht. Wir sind jetzt hoffentlich auf dem guten Weg, daß dieser Mißstand abgestellt wird. Es kann ja nicht sein, daß wir, die Opfer der SED-Diktatur, mit unseren Organisationen von der Politik hoch gelobt werden und uns gedankt wird, unsere Mitarbeiter sich aber seit Jahren, so auch in diesem Jahr im September, jeweils vorsorglich beim Arbeitsamt ab dem 1. Januar des folgenden Jahres arbeitslos melden müssen.

Abschließend, liebe Freunde, lassen Sie mich nochmals deutlich sagen, daß ich mich mit ganzer Kraft für die Interessen der UOKG und der Opfer einsetze, und dazu brauche ich auch Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank.

Ihr Dieter Dombrowski,
Bundesvorsitzender


Illegale Einäscherungen

(bw) Das 1913 errichtete Krematorium in Berlin-Baumschulenweg, 1995 abgerissen, wurde zu DDR-Zeiten unter Federführung des Ministeriums für Staatssicherheit für illegale Einäscherungen mißbraucht. Seit dem 12. August 2016 erinnert eine Gedenktafel daran.

Vor allem Maueropfer, die keine Verwandten hatten, wurden auf diese Weise „entsorgt“, wie das MfS in seinen Unterlagen schreibt. Damit sollte verhindert werden, daß die DDR wegen der Mauertoten noch mehr in Mißkredit geriet. Sogar Einwohner aus dem Westen der Stadt wurden in Baumschulenweg verbrannt, ihre Asche auf einem bis vor einigen Wochen unbekanntem Gräberfeld verstreut.


Viele Jahre war die Stelle, an der die anonym eingäscherten Toten beige-

setzt wurden, nicht bekannt. Erst durch Nachforschungen in den vergangenen Monaten konnte die Stelle auf dem neuen Teil des Friedhofs Baumschulenweg ermittelt werden. Der Leiter des Krematoriums, der mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet hatte, war 1990 bei der Übernahme des Bezirks durch die neue demokratische Verwaltung bereits verschwunden. Mitarbeiter konnten keine Auskunft geben, weil sie vor anonymen Einäscherungen stets in den Feierabend geschickt wurden.

„Diese Opfergruppe wäre fast in Vergessenheit geraten, ihren Angehörigen fehlte viele Jahre ein Ort zum Trauern. Mit der Gedenktafel wird dieser Trauerort nun geschaffen“, sagte Bürgermeister Oliver Igel. 

Umstrittene Nutzung


(bkl) Das Bürgerkomitee Leipzig hat dagegen protestiert, daß ihm der ehemalige Kinosaal der Staatssicherheit im Museum in der „Runden Ecke“ in Leipzig nicht mehr vollständig bzw. überhaupt nicht mehr zur Nutzung zur Verfügung stehen soll. In einem Brief vom 2. Juni 2016 schrieb der Oberbürgermeister der Stadt, Burkhard Jung (SPD), u. a., er wünsche den Abbau der Ausstellung zur Friedlichen Revolution und die Rückkehr zu den vertraglichen Regelungen, „die eine halbjährige Nutzung des KinosaaLS jeweils durch Ihr Museum und das städtische Schulmuseum vorsehen“.

Gedenkstättenleiter Tobias Hollitzer wies darauf hin, daß außerdem zwei Anträge der SPD-Fraktion in den Leipziger Stadtrat eingebracht worden seien, wovon einer erreichen möchte, daß dem Schulmuseum der original erhaltene Stasi-Kinosaal dauerhaft zur alleinigen Nutzung übertragen wird. Warum dieser wichtige authentische Ort der SED-Geheimpolizei nunmehr dem Museum in der „Runden Ecke“ und damit den Besuchern der Gedenkstätte dauerhaft entzogen und einem gänzlich fachfremden Museum zugeordnet werden solle, sei nicht nachvollziehbar. 

Kaßberg-Verkauf


(fp) Der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) hat der Freien Presse auf Anfrage bestätigt, daß die ehemalige Haftanstalt auf dem Chemnitz Kaßberg seit kurzem in seinem eigenen sowie drei weiteren Portalen zur Immobilienvermarktung öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben ist. Neben zusätzlichen Presseveröffentlichungen werde der SIB auch noch einmal frühere Kaufinteressenten ansprechen. Verkauft werden solle an den Meistbietenden für mindestens 500 000 Euro.

Die Suche nach einem neuen Eigentümer hatte schon kurz nach der Verlegung der letzten Häftlinge in andere Gefängnisse Ende 2010 begonnen. Bereits im Mai 2011 berichtete der SIB über Gespräche mit mehreren ernst zu nehmenden Kaufinteressenten. Daß sie scheiterten, habe zum einen an denkmalschutzrechtlichen Problemen gelegen, zum anderen löste die Verkaufsabsicht den Widerstand von Opferverbänden, der Stasiunterlagen-Behörde, von Stadtverwaltung und Stadträten aus, die das 1886 errichtete Gefängnis als Gedenkstätte erhalten wollen. Schließlich war es zwischen 1963 und 1989 als Haftanstalt der Staatssicherheit letzte Station für die meisten der insgesamt ca. 33 000 politischen Häftlinge, die von der Bundesrepublik für mehr als drei Milliarden D-Mark freigekauft wurden.

Wegen des damals noch nicht fertigen Konzeptes für einen Gedenkort auf dem Gelände, was laut SIB zum Rückzug potentieller Investoren führte, stimmte der Freistaat 2015 schließlich einer Teilung des komplett etwa 14 000 Quadratmeter großen Areals zu. Anfang dieses Jahres erwarb der Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis für den symbolischen Preis von einem Euro eine 230 Quadratmeter große Fläche im Außengelände der einstigen Haftanstalt. Der Verein gab an, die Bauarbeiten für den Gedenkort an der Gefängnismauer sollten im September beginnen. (siehe auch Beitrag S. 15) 

Minensuche gefordert

(b/th) Nach dem Fund einer Panzermine an der ehemaligen innerdeutschen Grenze im Eichsfeld sind erneut Forderungen laut geworden, die betroffenen Gebiete auf gefährliche DDR-Altlasten zu untersuchen. Das Grüne Band an der ehemaligen Grenze wird von immer mehr Spaziergängern erkundet, die sich nicht immer auf den Wegen aufhalten. Darüber hinaus müssen entlang der früheren Grenze Arbeiten zur Pflege von Bäumen und Sträuchern erledigt werden.

Die zwischen Bockelnhagen und Bartolfelde in Niedersachsen entdeckte Panzermine wurde von Spezialisten gesprengt. Zuvor hatten Einsatzkräfte mehrerer Feuerwehren das Gebiet weitläufig abgesperrt. Laut einer früheren Untersuchung des Thüringer Umweltministeriums wurden landesweit 42 Flächen mit einem „erhöhten Restrisiko“ eingestuft. Wie viele Minen sich noch entlang der ehemaligen Grenze befinden, läßt sich nicht mehr genau feststellen. 

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Späte Anerkennung

Leistungen für ehemalige deutsche Zwangsarbeiter

Nach der Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter (ADZ-Anerkennungsrichtlinie) können ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen auf Grund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit kriegs- oder kriegsfolgenbedingt zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, einen einmaligen Anerkennungsbeitrag in Höhe von 2500 Euro erhalten. Mit dieser einmaligen Sonderleistung will die Bundesregierung den schweren Schicksalen oben genannter Personengruppe, die für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mußte, eine wenn auch späte Anerkennung zuteil werden lassen. Zu den Modalitäten der Antragsstellung und des Kreises der Berechtigten an dieser Stelle einige Hinweise.

Als Leistungsvoraussetzung nach § 2, Absätze 1 und 2, der Richtlinie gilt:

„(1) Wer wegen seiner deutschen Staatsangehörigkeit oder deutschen Volkszugehörigkeit zwischen dem 1. September 1939 und 1. April 1956 für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten mußte, kann eine einmalige finanzielle Leistung nach Maßgabe dieser Richtlinie erhalten. Dabei wird vermutet, daß die Zwangsarbeit nach Satz 1 wegen der deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit abverlangt wurde.

(2) Deutscher Volkszugehöriger ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird. Es reicht aus, wenn die deutsche Volkszugehörigkeit durch eine amtliche Urkunde glaubhaft gemacht wird.“

Unter Zwangsarbeit im Sinne dieser Richtlinie ist jede unfreiwillige Arbeit zu verstehen, die unter Androhung von Gewalt, einer Strafe oder eines sonstigen empfindlichen Übels angeordnet wurde. Es darf sich aber nicht nur um eine kurzzeitige Arbeit handeln. Als kurzzeitig wird die Zwangsarbeit in der Regel auch gewertet bei einer regelmäßig täglichen Rückkehr zur „Wohnung“.

Nur wer als Zivilperson zur Zwangsarbeit verpflichtet wurde, kann die einmalige Sonderleistung erhalten; Zwangsarbeit im Rahmen einer Kriegsgefangenschaft berechtigt nicht zur Leistung.

Vom Empfang der Anerkennungsleistung ist ausgeschlossen, wer dieser Leistung unwürdig ist, das heißt, wer „der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewaltherrschaft erheblich Vorschub geleistet hat“ oder „Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder daran teilgenommen hat oder durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen hat“ oder „in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat“.

Diese Leistung wird nur auf schriftlichen Antrag gewährt und erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Auf sie besteht kein Rechtsanspruch. Ein entsprechender Antrag in deutscher Sprache kann ab sofort, also unverzüglich, aber bis spätestens zum 31. Dezember 2017 (Ausschlußfrist) an das Bundesverwaltungsamt, Außenstelle Hamm, Uentropener Weg 2, 59071 Hamm, gerichtet werden. Fristwährend sind auch Anträge, die bereits vor Inkrafttreten dieser Richtlinie (1.8.2016), aber nach dem 27.11.2015 beim Bundesverwaltungsamt eingegangen oder vor dem Ende der Ausschlußfrist an dieses weitergeleitet worden sind. Antragsteller mit Wohnsitz im Ausland können diesen Antrag fristgemäß

bei einer deutschen Auslandsvertretung stellen.

Die Leistung nach Maßgabe dieser Richtlinie ist grundsätzlich höchst persönlicher Natur, und daher nicht übertragbar. Nur der Berechtigte selbst oder ein von ihm Bevollmächtigter kann einen Antrag stellen, die Auszahlung der Leistung jedoch erfolgt nur an den Berechtigten selbst oder wie im nachfolgenden Fall an die Hinterbliebenen. Ist der Berechtigte nach erfolgter Antragstellung verstorben, wird in diesem Falle die Leistung nach seinem Tode an den hinterbliebenen Ehegatten oder ein hinterbliebenes Kind ausgezahlt, sofern das Bundesverwaltungsamt darüber informiert wurde. Gleiches gilt, wenn der Betroffene nach dem 27.11.2015 verstorben ist, und an seiner statt der hinterbliebenen Ehegatte oder hinterbliebene Kinder den Antrag stellen. Auch in diesen Fällen gilt die Ausschlußfrist. Das heißt, die Benachrichtigungen oder Anträge müssen am 31.12.2017 beim Bundesverwaltungsamt eingegangen sein.

Unbedingt zu beachten ist, daß die obige Leistung nur Personen gewährt werden kann, die von einer ausländischen Macht zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Wer also Zwangsarbeit für IKEA usw. geleistet hat, fällt nicht unter den Kreis der Berechtigten. Deshalb sollten all jene einen Antrag stellen, deren Gewahrsamnahme mit Zwangsarbeit verbunden war. Dazu gehören auch die ehemaligen politischen Häftlinge, die für Zwangsarbeit diese Leistung zu den bereits bezogenen Entschädigungen eventuell noch dazu erhalten können. Die Entscheidung darüber wird jedoch der Wahrscheinlichkeit nach vom Ergebnis der jeweiligen Einzelfallprüfung abhängen.

Obwohl es in der Richtlinie nicht geregelt ist, soll die Leistung nicht als Einkommen gelten und auf andere soziale Leistungen (wie z.B. Grundsicherung), die vom Einkommen abhängig sind, nicht angerechnet werden.

Weitere Informationen und entsprechende Anträge können unter der Telefonnummer (030) 55 49 63 34 abgefordert werden.

Elke Weise, Juristin
BSV Förderverein für Beratungen

Geld haben ist schön, solange man nicht die Freude an Dingen verloren hat, die man mit Geld nicht kaufen kann.

Salvador Dalí

... und das Stacheldraht-Abo läuft.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Der Fall Moritzburg

Eine Ho-Chi-Minh-Gedenkstätte soll ausgebaut werden

Von Tran Van Tich

Im Zeitraum von 1955 bis 1959 hat Ho Chi Minh über 300 vietnamesische Kinder nach Moritzburg geschickt. Der Bürgermeister von Moritzburg, Jörg Hänisch, meinte in seinem Bericht im Gemeindeblatt vom Juni 2016 unter dem Titel „Moritzburg zwischen Hanoi und Washington“, daß diese Kinder vor den Kriegseignissen in ihrem Land in seine Gemeinde in Sicherheit gebracht wurden, um eine Schulbildung zu genießen. Andreas Lämmel MdB (CDU) hat in einem Brief vom 15. Juni 2016 geschrieben: „Er [d.h. Jörg Hänisch] erinnerte seinerseits daran, daß Moritzburg den schutzsuchenden Kindern damals Schutz gegeben hat. [...] Es sollte ein Ort sein, der anregen soll zum Nachdenken über Verbrechen, die an Kindern damals und heute verübt wurden und werden. Dem kann ich mich nur anschließen.“

Leider kann man sich bei dieser Gelegenheit des Eindrucks nicht erwehren, daß die vietnamesischen Kommunisten die beiden Politiker betrogen haben. Die Kommunisten beabsichtigten eindeutig, ihren Führer Ho Chi Minh zu verherrlichen. Für diese Behauptung gibt es folgende Argumente:

Der Besuch vom (kommunistischen) vietnamesischen Botschafter Doan Xuan Hung fand genau am 19. Mai statt. Die vietnamesischen Kommunisten bezeichnen dieses Datum als Geburtstag von Ho Chi Minh (dies stimmt allerdings nicht, weil niemand weiß, wann Ho tatsächlich geboren wurde).

Der Geschäftsmann Vo Van Long hatte die Idee, ein kleines Holzhaus im vietnamesischen Stil auf dem Gelände des Gedenkortes zu errichten. Die vietnamesische Bautechnologie aber kennt keine Holzhäuser, und es gibt nur ein Holzhaus in ganz Vietnam, und zwar für Ho Chi Minh selbst im Zentrum Hanois. Das ist seine Residenz, sein „Schloß Bellevue“.

Die Bronzetafel, die die vietnamesischen Kommunisten zur Schau stellen möchten, trägt den Namen von Ho Chi Minh anläßlich des Besuchs des Diktators in Moritzburg im Juli 1957. Man beabsichtigt, das 60. Jubiläum des Besuchs von „Onkel Ho“ in Moritzburg als guten Anlaß

zu nutzen, um eine prunkvolle Zeremonie zur Wiederherstellung des Gedenkortes zu veranstalten. Der Reporter der Sächsischen Zeitung online vom 19.05.2016 (ebenfalls das Datum 19.05!), Sven Görner, wiederum hat seinem Artikel den Titel „Auf den Spuren von Onkel Ho“ gegeben. (Im Text trägt der Begriff „Onkel Ho“ keine Anführungszeichen.)

In dieser Situation und weil die beiden deutschen Politiker jegliche Verherrlichung Ho Chi Minhs vehement verneinen, kann ein objektiver Betrachter nur zu dem Schluß kommen, daß die vietnamesischen Gesprächspartner ihnen eine Falle gestellt haben und die beiden leichtgläubigen Deutschen in diese Falle gegangen sind. Darüber hinaus wurde die Verherrlichung erst verneint, als sich ein allgemeiner, starker und zäher Widerstand unter den Exil-Vietnamesen in der Bundesrepublik gegen das Projekt der kommunistischen vietnamesischen Botschaft in Berlin erhoben hatte, und auch erst, nachdem es Proteste von deutschen Aktivisten gab.

Ute Junker aus Ludwigshafen startete eine Petition bei change.org gegen die „Verherrlichung Ho Chi Minhs“, und Vera Lengsfeld veröffentlichte eine lange, ausführliche, sachliche und objektive Analyse der politischen Lage. Als Darmstädter CDU-Landtagsabgeordnete forderte Irmgard Klaff-Isselmann ihren Parteikollegen auf, den „Boatpeople“ zu helfen und „nicht dem Kopf eines Unrechtsregimes zu Ruhm [zu] verhelfen“. Der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski schrieb am 15. Juni einen Brief an Jörg Hänisch, worin er „Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit einer solchen Ehrung“ formulierte.

Es geht also um einen Plan der Gemeinde Moritzburg in der Nähe von Dresden, eine Gedenkstätte für vietnamesische „schutzsuchende Kinder“ (sic) zu errichten. Erschütternd ist jedoch die Unterstützung dieses unwürdigen Projekts durch den

Bundestagsabgeordneten Andreas Lämmel (CDU). Der CDU-Gemeindeverband Moritzburg nahm bereits Stellung gegen das Vorhaben.

Die Argumentation Andreas Lämmels und des Moritzburger Bürgermeisters Jörg Hänisch ist eine krasse Verdrehung der tatsächlichen historischen Wahrheit.

Im Zeitraum von 1955 bis 1959 gab es in Nordvietnam keinen Krieg, im Gegenteil lebte die Bevölkerung im Frieden. Die Amerikaner begannen ihre ersten Bombardements in Nordvietnam erst am 5. August 1964, als Antwort auf die Seekonflikte zwischen den US Marinezerstörern Turner Joy und Maddox und der kommunistischen nordvietnamesischen Flotte im südostasiatischen Meer. Vor welchen Kriegseignissen sollten also die 1955 bis 1959 nach Moritzburg gekommenen Kindern Schutz suchen? Und



Ho Chi Minhs Wohnhaus in Hanoi.

wenn die beiden deutschen Politiker von Verbrechen an Kindern in Nordvietnam im Zeitraum 1955 bis 1959 sprechen, dann ist unklar, um welche Verbrechen es sich handelte.

Die Vietnamesen kennen jedoch zumindest zwei Verbrechen unter der Führung von Ho Chi Minh im Jahr 1957, nämlich die Agrarreform und die Unterdrückung von Schriftstellern, Poeten, Autoren, Verlegern, Juristen, Artisten entsprechend Mao Tse Tungs Ideologie. Als Folge dieser beiden „revolutionären“ Maßnahmen wurden Hunderttausende Menschen ermordet, gefoltert, vertrieben und gefangen genommen.

Mit ihren Formulierungen „schutzsuchende Kinder“ und „Verbrechen, die an Kindern damals und heute verübt wurden und werden“ machen die beiden deutschen Politiker – auch wenn wahrschein-



lich unwillkürlich – eine unbegründete Andeutung auf völlig fiktive Greuelthaten der „imperialistischen Amerikaner, Erzfeinde unseres Volkes und der Bevölkerung der ganzen Welt“, wie die vietnamesischen kommunistischen Kader ständig in den nach 1975 errichteten Konzentrationslagern sagten. Mit anderen Worten beinhaltet das Projekt von Andreas Lämmel und Jörg Hänisch unnötige Beleidigungen, ungerechte Verleumdungen und böswillige Unterstellungen den amerikanischen Streitkräften gegenüber.

Verstimmt durch die grundlose Injurie gegenüber der US-Armee hat Bernhard Bannasch, ein in Dresden lebender Major a.D., Briefe an verschiedene amerikanische Behörden und Persönlichkeiten geschickt mit der Bitte, bei den Fraktionen des Bundestages zu intervenieren, um diesen Skandal in einem verbündeten Staat zu stoppen. Ich selber habe das gleiche getan.

Dem Ersuchen eines in Bielefeld lebenden vietnamesischen Flüchtlings entsprechend, versprach der EU-Abgeordnete der CDU, Elmar Brok, im Dialog mit Andreas Lämmel zu intervenieren. Direkt in der Sache ergriff Jana Kellersmann aus Berlin die Initiative, eine kollektive Briefaktion zu organisieren mit dem Ziel,

daß jeder Absender achtzehn protestierende Briefe separat und persönlich an die achtzehn Moritzburger Gemeinderatsmitglieder schickt.

Eine andere von Andreas Lämmel und Jörg Hänisch vorgebrachte Ausrede lautet, die Errichtung der betroffenen Gedenkstätte könnte den örtlichen Tourismus fördern. Nach meiner Erfahrung ist diese Schätzung unlogisch und inkompetent. Meine Landsleute (natürlich außer den vietnamesischen kommunistischen Kadern), die eine Menge Geld benötigen, um sich als Touristen eine Reise in die Bundesrepublik zu leisten, würden gern interessante und wundervolle Sehenswürdigkeiten wie z.B. das Brandenburger Tor oder den Kölner Dom besuchen, nicht aber die „kleine gärtnerisch gestaltete Gedenkanlage“ in Moritzburg, wie Bürgermeister Jörg Hänisch selbst diesen Ort beschrieben hat.

Trotz aller Enttäuschung, Verzweiflung, Empörung und Wut suchen die Exil-Vietnamesen in Deutschland konstruktive, sachliche, direkte und offene Gespräche mit Herrn Lämmel, der leider bis heute auf die Proteste nicht angebracht reagierte. Infolgedessen haben mehrere vietnamesischen Flüchtlinge sich erlaubt, verschiedene hochrangige parlamentarische Behörden des Bundestages fle-

hentlich und respektvoll zu bitten, ihren Kampf gegen dieses Theater des Absurden in Moritzburg zu unterstützen und eine hochwertige Stellungnahme gegen diesen Gedenkort abzugeben sowie ihrem Bundestagskollegen Andreas Lämmel zu empfehlen, nicht an der Durchführung dieses undurchdachten Plans teilzunehmen.

Die vietnamesischen Opfer des Kommunismus sind der Meinung, daß man eine konstruktive und der Historie verantwortliche Lösung für das Projekt Moritzburg suchen sollte: Sie schlagen vor, die materiellen historischen Gegenstände in Moritzburg den deutschen Museen zur Verfügung zu stellen, entweder dem DDR-Museum in Berlin oder dem Haus der Geschichte in Bonn. Eine Gedenkanlage, die mehr oder weniger mit der grauenhaften Historie der kommunistischen Gewaltherrschaft in ihrer Heimat zu tun hat, verdient keinen Platz in einem wiedervereinten und demokratischen Rechtsstaat, so die allgemeine Auffassung der deutschen Bürger und Bürgerinnen vietnamesischer Abstammung.

(Dr. Tran Van Tich ist Ehrenvorsitzender des Bundesverbandes der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland)

Werben für den Lernort Sachsenhausen

Anmeldungen zum Projekt – das sowjetische Speziallager betreffend

Die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen bietet laut Alexander Latotzky (siehe Ausgabe 2/2016, S. 11) fünfzehn Projekte an – vierzehn zum Konzentrationslager und nur ein einziges für die Zeit nach 1945 (vergl. <http://www.stiftung-bg.de/gums/de/> – Museumspädagogik – Projekte & Workcamps). Dieses trägt den wenig inspirierenden Titel „Das sowjetische Speziallager Nr. 7/Nr. 1 1945–1950“.

Nicht verwunderlich, daß im Jahr 2015 dieser Projekttag, wie in Ausgabe 4/2016, S. 13, von Horst Seferens (Presse Sprecher der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten) zu lesen war, nur ein einziges Mal gebucht wurde.

Neun Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.“ entwarfen bereits vor Monaten 18 konkrete Angebote, mit der Hoffnung, daß diese stärkeres Interesse wecken. Die Initiative stand im Einklang mit dem (auch

von Horst Seferens) erwünschten gemeinsamen Werben von Gedenkstätte und Opferverband für den Lernort Sachsenhausen.

Der Stiftungsdirektor und Gedenkstättenleiter, Günter Morsch, nahm im April ein Papier mit diesen 18 Vorschlägen nicht in Augenschein, geschweige denn entgegen: Die Gedenkstätte habe derzeit keine Ressourcen für die Vorbereitung neuer Projekte. Er riet zu anderen Möglichkeiten der Umsetzung.

Dank der Redaktion des „Stacheldraht“ wenden wir uns hiermit an eine größere Leserschaft.

Die nachfolgend vorgestellten Projektthemen sind

- noch im Entwurfsstadium und daher zu präzisieren
- wo es sinnvoll erschien, von Projektangeboten der Gedenkstätte für die KZ-Zeit abgeleitet

- notwendige Bereicherung der Bildungsarbeit der Gedenkstätte
- nur durchführbar, wenn Schulen Vorkenntnisse im Fachunterricht vermitteln
- teilweise und modifiziert auch für die Arbeit mit Schülern und Jugendlichen in anderen Gedenkstätten und -orten nutzbar.

Workcamps

Projekte

Weitere Angebote (Vorschläge der AG Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e.V.):

Welche Diktaturen gab es in Deutschland und wie unterschieden sie sich?

(Erarbeiten von Kurzreferaten in Kleingruppen, Auswahl der Referenten, Vorstellen der Erkenntnisse im Plenum, Austausch von Argumenten, Wertung der

Belege, Zusammenfassung der Erkenntnisse) – 4 Stunden

Was wißt Ihr von der Zeit im Lager Sachsenhausen ab 1945?

(selbständige Kleingruppenarbeit zu Parallelen und Unterschieden zum GULag; welche Gebäude und Anlagen aus KZ-Zeiten nutzten die sowjetischen Besatzer weiter? Arbeit mit Materialmappen, Präsentation der Ergebnisse an Pinnwand/Wandtafel/Weißwand, Diskussion der Ergebnisse, Abschlußgespräch) – 5 Stunden

Kriterien der sowjetischen Geheimdienste für Verhaftung, Internierung und Verurteilung von Menschen in der SBZ

(Anhand zur Verfügung gestellter Arbeitsmaterialien ermitteln Kleingruppen die Kriterien für unterschiedliche Häftlingsgruppen: sowjetische Kriegsgefangene, Zwangs-/Fremdarbeiter im Deutschen Reich, Deserteure der Roten Armee, geschlechtskranke Sowjetsoldaten, Funktionäre des NS-Staates auf unterschiedlichen Ebenen, von westlichen Alliierten entlassene ehemalige Wehrmachtsangehörige, SPD-Mitglieder, bürgerlich-demokratische Kräfte, weitere tatsächliche und vermeintliche Gegner der Sowjet-Diktatur, Kriminelle. Gruppensprecher stellen Ergebnisse vor und sich der Diskussion.) – 5 Stunden

Ausländer im Speziallager Sachsenhausen

(Nutzung des vormaligen KZ ab Mai 1945 zunächst für welche Häftlingsgruppen? Gruppenarbeit mit der zur Verfügung gestellten Literatursammlung, Zusammenstellen und Präsentieren der Ergebnisse durch Gruppensprecher) – 3 bis 4 Stunden

Die zehn Speziallager in der SBZ

(Übersicht der Standorte erarbeiten, Unterscheidung zwischen Internierten und SMT-Verurteilten, Unterschiede zwischen den Lagern anhand selbst gewählter Kriterien ermitteln, Verschweigen der Fortnutzung zu DDR-Zeiten, abschließende Bewertung der Speziallager: Zweck der Disziplinierung/Einschüchterung/Terrorisierung) – 5 Stunden

Biographien von Häftlingen im Speziallager Sachsenhausen

(Besuch des Speziallagermuseums, Aufgabenteilung an Kleingruppen – Erfassen von Häftlingsbiographien, Herausarbeiten deren Schicksale, Bewertung der Rechtmäßigkeit von Folter durch Hunger

und Seuchen sowie weiteren Repressionen, Schlußfolgerungen für eine Öffentlichkeitsarbeit) – 4 ½ Stunden

Schicksale jugendlicher Häftlinge im Speziallager Sachsenhausen

(Besuch der Gräberfelder „An der Düne“ mit Schwerpunkt Gedenkkreuze für die Jugendlichen aus Greußen, Mecklenburg und Wittenberge, anschließende Recherche im Internet zu den vorgefundenen Namen, Systematisierung nach Alter bei Verhaftung und dem Vorwurf der Anklage, Einschätzung des Wahrheitsgehaltes der Anklagen, Ableiten von Recht oder Unrecht beim erteilten Strafmaß) – 5 Stunden

Kinder im Speziallager Sachsenhausen

(Gemeinsames Filmerlebnis „Geboren hinter Gittern“; Beantwortung folgender Fragestellungen in den Kleingruppen: Wie kam es zu den Kindern? Wie groß waren deren Überlebenschancen? Was erlebten sie und ihre Mütter nach der Zeit im Lager?) – 4 ½ Stunden

Frauenschicksale im Speziallager Sachsenhausen

(Bereitstellen von Literatur-Auszügen durch den Projektleiter, in Kleingruppen ein Versuch annähernder Ermittlung von Anzahl, Haftgründen, Haftbedingungen, Haftdauer der Frauen sowie deren Verbleib nach Auflösung des Lagers, Zusammenstellen der Ergebnisse, Vorträge und Diskussion in Gegenwart der gesamten Projektgruppe) – 5 Stunden

Haftalltag in den Zonen 1 und 2 des Speziallagers Sachsenhausen

(Kleingruppen erhalten Studienmaterialien und arbeiten wesentliche Haftumstände heraus, stellen die Ergebnisse zusammen und werten die überwiegenden Haftbedingungen) – 5 Stunden

Verlesen eines Zeitzeugenberichtes zum Lagerleben 1947 und Diskussion

(Zuvor Verteilung inhaltlicher Schwerpunkte an Kleingruppen, die diese während des Berichtes abgleichen und danach vertiefen. Die Ergebnisse werden in Gegenwart des Zeitzeugen von allen Anwesenden kommentiert.) – 3 bis 4 Stunden

Privilegierte Häftlinge im Speziallager Sachsenhausen

(Vergünstigungen für Barackenälteste, Kalfaktoren, Dolmetscher, Künstler, Läufer, Essenträger, Personal in Lazaretten bzw. Sterbebaracken, Leichenkommando – individuelle Einschätzung anhand der verteilten Arbeitsmaterialien, Diskussion in der gesamten Gruppe, abschließende Bewertung, korrigierendes Eingreifen des Projektleiters) – 5 Stunden

Täter – Verhalten des Wachpersonals und dessen Hilfskräfte unter den Gefangenen im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen

(Ein Zeitzeuge begleitet das Projekt. Er schildert Erlebnisse, beantwortet den Schülern Fragen und wertet gemeinsam mit dem Projektleiter die Qualität der Arbeitsergebnisse zu den Komplexen: Wie führte der Kommandant das Straflager?



Lagergelände in Sachsenhausen.

Wie traten die Wachsoldaten gegenüber den Inhaftierten auf? Was veranlaßte Barackenälteste und Kalfaktoren zur Zusammenarbeit mit Bewachern? Welche Disziplinierungsmaßnahmen waren unmenschlich – sowohl bei Verstößen von Gefangenen als auch Aufsichtsführenden?) – 5 Stunden

Krankenbaracken im Lager Sachsenhausen von 1945 bis 1950

(häufigste Krankheiten und deren Symptome, Häftlingsärzte, zur Behandlung verfügbare Mittel und Materialien, Pneus für Tbc-Kranke, Überlebenschancen; waren die Baracken Lazarette im weiteren Sinne?) – 5 Stunden

Massengräber des Speziallagers Sachsenhausen

(Kurzbesuch der Gedenkorte im Schmachtenhagener Forst, an der Düne und am

ehemaligen Kommandantenhof, wie ging die DDR mit diesem Thema um? Interpretation von Bildern der Suchgrabungen; Massengräber in anderen Gedenkstätten, Vorschläge zur würdigen Veranschaulichung von Massengrabanlagen, Abschlusss Diskussion mit Moderation des Projektleiters) – 6 Stunden

Visualisierung des Geländes des ehemaligen Speziallagers Sachsenhausen

(Begehung der Zonen 1 und 2 ohne Audio-Guide, Notieren sicht- bzw. erfassbarer Informationen zur Speziallagerzeit, Einschätzung deren Aussagekraft, Vergleich der vorgefundenen Belege mit der baulichen Situation um 1947; Rodungen zur besseren Sichtbarmachung der Ausdehnung des Speziallagers?) – 4 ½ Stunden

Das Speziallager-Museum und seine Exponate

(Aufteilung der Gruppe in Kleingruppen, Zuweisung von Museumsabschnitten an die Kleingruppen, Gang durch das Museum, Benennen besonders interessanter und uninteressanter Exponate mit plausiblen Begründungen, öffentliche Vorstellung der Arbeitsergebnisse beim Projektleiter, Diskussion konkreter Vorschläge zur verbesserten Visualisierung) – 4 Stunden

Was bedeutete die Haft in einem Konzentrationslager oder in einem Speziallager nachträglich für die Betroffenen und ihre Angehörigen?

(Die Gesamtgruppe ermittelt interaktiv mit einer anwesenden medizinischen Fachkraft wahrscheinliche Krankheiten sowie körperliche und geistige Schäden bei Inhaftierten während ihrer Lagerzeit: Wie fortdauernd können einzelne Krankheitsbilder wirken? Überwiegen längerfristig physische oder psychische Beeinträchtigungen? Die Schüler werden ermuntert, von Vorfahren aus ihrem familiären Umfeld zu berichten, die durch Krieg, Gefangenschaft oder Vertreibung nachhaltige Schäden davontrugen.) – 5 Stunden

Die vier ab dem Schuljahr 2017/18 in Berlin und Brandenburg unterrichtswirksamen Rahmenlehrpläne für Geographie, Geschichte, L-E-R und Politische Bildung bis zur Jahrgangsstufe 10 wurden gesichtet (Startseite im Internet ist <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/index.php?id=rahmenlehrplaene>).

Konkrete Ansätze für die Thematisierung der Geschichte 1945 bis etwa 1953 im Osten Deutschlands bieten wohl nur die Fächer Geschichte und Politische Bildung.

Auch interessant gestaltete Projekte für Schüler zur Nachkriegszeit in der SBZ/DDR drohen ins Leere zu laufen, wenn die

Lehrkräfte dieser Fächer nicht für derartige Themen sensibilisiert sind.

Die letzte Lehrer-Generation, die noch selbst allgegenwärtige Schikanen kommunistischer Machthaber erlebte, verläßt bald den aktiven Schuldienst.

Die Mehrzahl der nachrückenden Lehrkräfte hält wahrscheinlich andere Probleme (und Problemchen) für wichtiger als die noch virulente Gefahr radikal-sozialistischer Experimente in Europa.

Wichtige Aufgabe der Verbände für Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft bleibt es daher, bei Ministerien auf Bundes- und Landesebene konkrete Nachbesserungen vorzuschlagen. (Beispielsweise fehlen die Begriffe „Klassenfeind“ und „Kommunismus“ im Kontext des Rahmenlehrplans „Geschichte“ für Berlin und Brandenburg.)

Unsere Verbände können dies allenfalls zusammen mit Vertretern von Parteien sowie maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Organisationen erreichen.

Die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 wird sich an einer konzertierten Aktion beteiligen.

Reinhard Klaus
Arbeitsgemeinschaft Lager
Sachsenhausen 1945–1950 e.V.

Auszeichnungen

Franz-Werfel-Preis für Freya Klier

Die in Berlin lebende Schriftstellerin und Filmregisseurin Freya Klier ist vom Zentrum gegen Vertreibungen mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2016 ausgezeichnet worden. Der Preis wird jedes zweite Jahr verliehen und ist mit 10 000 Euro dotiert. Unter den bisher sieben Preisträgern sind auch die 1953 im Banat/Rumänien geborene Schriftstellerin Herta Müller (1953) und Karl Schlögel, der 1948 im Allgäu geborene Emeritus für Osteuropäische Geschichte an der Universität Frankfurt/Oder.

Freya Klier, die 1968 wegen „Republikflucht“ verhaftet wurde, hat 1970/75 an der Theaterhochschule Leipzig Schauspiel studiert und am Staatstheater Dresden ihre praktische Ausbildung erfahren. Als Bürgerrechtlerin, die von der Staatssicherheit wegen ihrer DDR-Kritik ständig bedroht wurde, stellte sie am 2. Februar 1988 einen Antrag auf Ausreise und wurde nach Westberlin abgeschoben. Unter ihren Veröffentlichungen, darunter elf Bücher und sieben Filme, sind zwei, die die Jury des Preises besonders gewürdigt

hat: der Film von 1993, „Verschleppt bis ans Ende der Welt. Ostdeutsche Frauen auf Spurensuche in Sibirien“ (Buchfassung 1996) über verschleppte Frauen aus den deutschen Ostgebieten, die zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, und das Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens: Zeugen einer vergessenen Generation“ (2014) über sieben Kinder, die noch heute darunter leiden, was sie zum Kriegsende 1945 erlebt haben.


Die Preisverleihung findet am Sonntag, dem 6. November, in der Paulskirche in Frankfurt/Main statt.

Jörg Bernhard Bilke

Freiheitspreis für Menschenrechtszentrum

(rbb) Der „Brandenburger Freiheitspreis“ geht an den Verein Menschenrechtszentrum Cottbus. Das gab das Domstift Brandenburg am 9. August bekannt. Die mit

25 000 Euro dotierte Auszeichnung wird am 11. Oktober im Dom zu Brandenburg verliehen. Die Laudatio soll Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier halten,

zu dessen Wahlkreis die Stadt an der Havel gehört. Der Verein ist der erste Preisträger des 2015 erstmals vom Domstift Brandenburg ausgelobten Freiheitspreises. 

„Wir lassen uns den Sozialismus nicht einimpfen!“

Prager Frühling und die Jugend in der DDR

Von Steffi Lehmann

Die Ereignisse rund um den Prager Frühling wurden im Leben vieler Jugendlicher zu einem Schlüsselereignis. Viele der engagierten Menschen, die in den frühen 1980er Jahren damit begannen, das politische System bzw. das Herrschaftsmonopol der SED in all seinen Facetten in Frage zu stellen, hatten als Jugendliche die Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung im August 1968 mit großer Anspannung verfolgt.

Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in das reformwillige Nachbarland hinterließ tiefe Spuren. Wieder einmal demonstrierte der sowjetische Hegemon, was es bedeuten konnte, wenn ihm untergeordnete Länder drohten, „abtrünnig“ zu werden. In der DDR weckte das harsche militärische Vorgehen Erinnerungen an den 17. Juni 1953. Damals verloren etwa einhundert Menschen – teilweise durch Todesurteile – ihr Leben, Tausende kamen in Haft und mußten die Willkür der politischen Justiz ertragen, die nicht selten sehr hohe Haftstrafen verhängte.

Deshalb nimmt es nicht Wunder, daß viele Menschen fünfzehn Jahre später dachten, die Sowjetunion sei auch auf den Ernstfall in der DDR vorbereitet. Die Angst vor einem erneuten derart aggressiven Vorgehen wie 1953 war allgegenwärtig und versetzte große Teile der Bevölkerung in eine Art Schockstarre. Dabei schien es noch im Sommer 1968 so, als durchlebte die Tschechoslowakei tatsächlich einen Prozeß der Demokratisierung. Über zwei Millionen DDR-Bürger, darunter sehr viele Jugendliche, hatten das Land 1967/68 besucht und in Prag ein weltoffenes und westlich-modernes Klima verspürt. Überall waren Zeitungen und Zeitschriften erhältlich, die im ostdeutschen Teilstaat unter „Schund- und Schmutzliteratur“ fielen. Die Kinos zeigten Originalversionen amerikanischer Filme, und sogar die sonst so schwer zu bekommenden Platten mit Beat-Musik konnten Jugendliche legal erwerben.

Doch schon an der Grenze wurden die Hoffnungen vieler junger Reisender enttäuscht, die mitgebrachten Souvenirs ohne Probleme mit nach Hause zu nehmen. Die Träume von einer ähnlich

liberalen Stimmung wie in der Tschechoslowakei zerplatzten mit den Grenzkontrollen und der Konfiszierung von politisch nicht-genehmer Literatur und Musik. So bemerkte das Ministerium für Staatssicherheit, Jugendliche versuchten Poster von Beat-Veranstaltungen und Zeitschriften wie „Twen“ oder „Bravo“ einzuführen.

Anders aber als die mitgebrachten Waren, ließen sich die erlebten Eindrücke nicht einfach beschlagnahmen. Während die meisten Jugendlichen im August 1968 bestürzt und mit Trauer auf die Ereignisse in Prag reagierten, entlud sich bei anderen der Frust über den militärischen Einmarsch in Protestaktionen. Kurz nach dem 21. August 1968 bemerkte der Geheimdienst einen Anstieg von Flugblättern und „Hetzlosungen“ sowie verstärkte „antisozialistische“ Äußerungen unter Jugendlichen. Im zweiten Halbjahr 1968 bezichtigte die Geheimpolizei fast 130 Personen des Verbreitens von „Hetzlosungen“ und „Schmierereien“. Rund 80 Prozent der Beschuldigten zählten kaum 24 Lebensjahre. Mehr als 70 Prozent der wegen „Verbreitung von Hetzschriften“ und über ein Drittel der wegen „mündlicher Hetze“ Angeklagten, die vor ein Gericht mußten, waren Jugendliche.

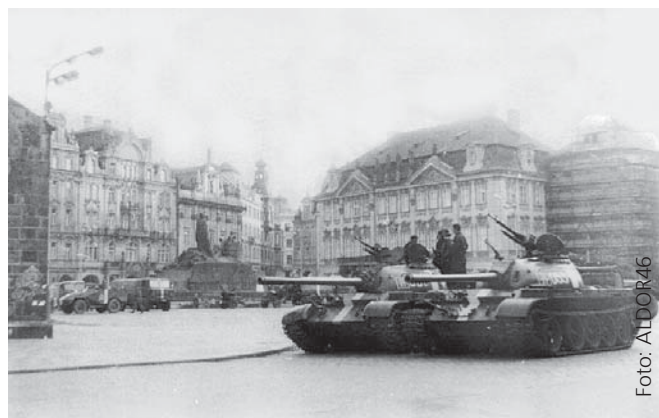
Obwohl die meisten der Aktionen auf die junge Arbeiterschaft zurückgingen und die Welle des Protestes rasch abflachte, vermuteten SED und Geheimdienst vor allem unter Studenten sehr viele Sympathisanten für die tschechoslowakische Reformbewegung. Noch im Februar 1969 konstatierte das Ministerium für Staatssicherheit, die „zügellose antikommunistische Hetze [...] innerhalb und außerhalb der ČSSR“ bliebe bei eher politisch ungefestigten Jugendlichen nicht ohne Wirkung.

Zu den politisch „Labilen“ gehörten vermutlich auch jene Jugendlichen aus dem Prenzlauer Berg, die sich im Januar 1969 als Zeichen des Protestes eine Spritzkanüle an den Rockaufschlag steckten, um zu zeigen: „Wir lassen uns den Sozialismus nicht einimpfen“. Die Verfolgung von „Abtrünnigen“ gipfelte im

Frühjahr 1969, als an Universitäten und in Betrieben Zustimmungserklärungen zu dem militärischen Eingreifen kursierten. Wer sich einer Unterschrift enthielt, schien verdächtig und mußte im schlimmsten Fall mit dem vorzeitigen Ende der beruflichen Karriere rechnen. Wie schon kurz nach dem 21. August 1968, regte sich an den Universitäten aber nur vereinzelt Widerstand.

Die Gründe für die Zurückhaltung der Studentenschaft waren vielseitig. Zum einen war es ohnehin nur wenigen jungen Menschen möglich, eine Universität zu besuchen, kontrollierten doch die Parteileitungen den Zugang. Zum anderen mußten sich Studenten gezwungenermaßen loyal verhalten, denn das System gewährte ihnen nur so lange Aufstiegschancen, wie es an den Hochschulen politisch konform zugeht. Zudem hatten vermutlich nicht wenige von ihnen schnell verstanden, wie aussichtslos der Prager Frühling eigentlich war.

Gleich ob Student, Lehrling, junger Arbeiter oder Schüler: Der 21. August 1968 stellte eine Zäsur im politischen Bewußtsein vieler junger Menschen dar. Die Wünsche nach einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ blieben ungehört. Es sollte noch etwa 20 Jahre dauern, bis die DDR fundamental ins Wanken geriet und sich Jugendliche endlich freiwillig dem Anspruch entziehen konnten, allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeiten zu werden. Im Gegensatz zu 1968 beteiligten sich seit den Herbstmonaten 1989 bis zum Januar 1990 immer mehr Studenten an den Demonstrationen. 



Sowjetische Panzer auf dem Altstädter Ring in Prag.

Kinder hinter Stacheldraht

Vom 1. bis 3. Juli 2016 trafen sich im Museum in der „Runden Ecke“ zu Leipzig Männer und Frauen, die nach 1945 in einem sowjetischen Lager der SBZ oder in einem Zuchthaus der DDR geboren wurden. Ihre Mütter waren als politische Gefangene, oft ohne Prozeß, inhaftiert.

Mehr als 120 000 Deutsche blieben unter der kommunistischen Herrschaft Stalins zwischen 1945 und 1950 in sogenannten Speziallagern eingekerkert. Nur jeder Zehnte war im Sinne der NS-Verbrechen schuldig. Davon zeugen später die vielen russischen Rehabilitierungen. Nicht alle überlebten die schwere Lagerhaft. Sie sind unschuldige Opfer einer beispiellosen politischen Verfolgung.

Die Kinder dieser Inhaftierten treffen sich seit 20 Jahren regelmäßig einmal im Jahr. Längst sind nicht alle damals in Lagern geborene Kinder ausgemacht. Inzwischen

ist unter dem Vorsitz von Alexander Latotzky der Verein „Kindheit hinter Stacheldraht“ begründet worden. Latotzky selbst ist 1948 im sowjetischen Speziallager Bautzen zur Welt gekommen.

Am 3. Juli führte Hans-Dieter Rutsch seinen jüngsten Film „Geboren hinter Gittern“ über die Mütter und Kinder hinter Stacheldraht vor. Dazu kamen auch einige wenige Gäste, die mit diesen Geschehnissen zum ersten Mal konfrontiert wurden.

Kinder, aber auch ihre Mütter starben, und die Pflege deren Kinder übernahmen andere gefangene Frauen. Nur ein, zwei Jahre später wurden einige dieser Kinder zwangsweise zur Adoption freigegeben. Sie lernten ihre fremdgewordenen Mütter erst sehr viel später wieder kennen.

Erinnerungen stiegen auf. Mühlberg, Bautzen, Sachsenhausen, insgesamt

zehn Stätten des Grauens. Offiziell gab es diese Kinder im Lager gar nicht. Notdürftig mußten sie versorgt und gekleidet werden. In den Geburtsurkunden stehen aber die Namen, so z.B. geboren im „Internierungslager Mühlberg“ bei Elfriede Schulze, geborene Zimmer, die heute in Schwerin wohnt. Aus ihrem Leben erzählten Christa Kirchner, die aus Österreich angereist war oder Annemarie Link, geborene Musold, aus Berlin.

Es sind Geschichten von Menschen, die jede für sich einen Film wert wären. Ihnen nachzugehen, sie aufzubewahren für eine verständnisvollere Nachwelt ist eine Verpflichtung. Die Zeitgeschichte sollte daran nicht achtlos vorbei sehen. Meinhard Stark hat mit seinem Buch „Frauen im GULag“ einen Anfang gemacht.

Gerald Wiemers

Erfolgreicher Weg

Gedenkveranstaltung am 30. April 2016 in Neubrandenburg aus Anlaß des 25. Gründungstages der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Dank des großen Engagements einiger ehemaliger Häftlinge des Speziallagers Nr. 9 und einiger Angehöriger von ehemaligen Lagerhäftlingen mit Unterstützung der Stadt Neubrandenburg wurde am 28.4.1991 die Arbeitsgemeinschaft (AG) Fünfeichen gegründet. Obwohl die tragischen Ereignisse

von Fünfeichen schon in aller Munde waren und der größte ökumenische Gottesdienst mit Tausenden von Teilnehmern durchgeführt wurde, waren die Zeit und die Notwendigkeit gereift, eine Interessengemeinschaft der Betroffenen zu bilden. Wir können heute einschätzen, daß diese Entscheidung nicht nur richtig war, sondern die Voraussetzung bildete für eine zügige und umfassende Aufarbeitung der

Geschichte des bis 1989 verschwiegenen Speziallagers Nr. 9 am Standort des Geschehens in Neubrandenburg Fünfeichen.

Allen namentlich genannten Gründungsmitgliedern wurde sowohl für ihre Bereitschaft als auch für ihren Mut, sich den damals schwierigen Aufgaben zu stellen, am 30. April vom Oberbürgermeister und mir als Leiterin der AG Fünfeichen nochmals ein ganz herzliches Dankeschön gesagt. Für besondere Leistungen in den 25 Jahren AG Fünfeichen wurden von der Stadt und der AG Fünfeichen einige aktive Mitglieder ausgezeichnet. Voller Stolz kann die AG Fünfeichen auf 25 Jahre intensive Arbeit zurückblicken. Viele Projekte wurden angefaßt und mit Erfolg beendet. Für die Mitglieder konnte vieles bei der Anerkennung als politischer Häftling und der finanziellen Unterstützung erreicht werden. Unter Hauptverantwortung der Stadt, aber in enger Zusammenarbeit mit der AG Fünfeichen wurde in Fünfeichen eine sehr niveauvolle Mahn- und Gedenkstätte, in der aller Verstorbenen gleichermaßen gedacht wird, geschaffen.

Diese in der Gedenkstätte Fünfeichen geschaffene Gleichstellung aller Opfer-

gruppen wurde durch den anschließend gezeigten Film „Kriegsgefangenenlager – Speziallager Neubrandenburg Fünfeichen 1939 – 1945 – 1948“ inhaltlich nochmals untermauert. Dieser bereits zehnte Film über das Lager Fünfeichen wurde von den Veranstaltungsteilnehmern wiederum mit sehr großem Interesse aufgenommen. Auch das Programm des Neubrandenburger Volkschors, der mit ca. 50 Sängern vor allem Volkslieder sang, die der Lagerchor von Fünfeichen auch gesungen hatte, wurde von den Mitgliedern mit viel Lob bedacht.

Zum absoluten Höhepunkt der Gedenkveranstaltung wurde der Fachvortrag zu Speziallagern von Dr. Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin. Obwohl unsere Mitglieder schon mehrfach die Möglichkeit hatten, Vorträge zu den Speziallagern zu hören, waren diese Darstellungen doch etwas Besonderes. Dr. Morré verstand es, unseren zum größten Teil schon sehr alten Teilnehmer den großen und nicht ganz einfachen Komplex Speziallager von den sehr unterschiedlichen Gründungsgeschichten bis hin zu der sehr unterschiedlichen Auflösung der einzelnen Lager gut gegliedert



Foto: AG Fünfeichen

Das „gestützte Kreuz“ in Fünfeichen.

und für alle leicht verständlich darzustellen. Morré sagte: „Die Errichtung der Speziallager in Deutschland kann nicht losgelöst von der militärischen Niederwerfung der nationalsozialistischen Diktatur gesehen werden. Hätten die Speziallager nur ihre eigentliche Aufgabe, die Entnazifizierung, erfüllt, würden sie heute vermutlich lediglich als harte, aber vielleicht noch nachvollziehbare Besatzungsmaßnahme diskutiert werden. Aber die Speziallager bekamen eine andere Funktion: Sie wurden zum Gefängnis für politische Gefangene, die sogar noch über die offizielle Auflösung der Speziallager hinaus festgehalten wurden. Die Ära der Speziallager endete damit endgültig erst 1956.“

Die Nachmittagsveranstaltung in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen mit über 350 Teilnehmern galt vor allem dem Gedenken der über 10 000 Verstorbenen des Lagers Fünfeichen in der Zeit von 1939 bis 1948. Deshalb versammelten sich alle Mitglieder der AG Fünfeichen und zahlreiche Gäste aus der Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft am gestützten Kreuz, um gemeinsam der verstorbenen Kriegsgefangenen mit einer Kranzniederlegung zu gedenken. Unter Glockengeläut gingen anschließend alle Teilnehmer zum südlichen Gräberfeld der Internierten, wo der Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg die Gedenksprache hielt. Er sagte unter anderem: „Wir leben in einer glücklichen Zeit. Auch wenn uns der Alltag dies manchmal vergessen läßt. Meine Generation lebt in einer Gesellschaft, die Mög-

lichkeiten der Entfaltung einräumt, wie es sie wohl in keiner Epoche gab. Worte wie Selbstverwirklichung, Spaß, Freizeit – also das Verhältnis Arbeit und Freizeit – bestimmen die Sprache. Dies alles mag darüber hinwegtäuschen, daß die Basis unseres heutigen Lebens Frieden ist. Frieden, der selbstverständlich erscheint. Wenn wir an diesen Ort zurückkehren, wissen wir, daß Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist. Hier an diesem Ort kamen ca. 10 000 Menschen ums Leben. Niemand von uns, der nicht selbst in diesem Lager eingesperrt war, kann das, was die Menschen hier erlitten haben, nachempfinden. Die Erinnerung an das Leid der vielen Opfer unmenschlicher Behandlung läßt uns deutlich den Wert von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Ich danke an dieser Stelle allen, vor allem den Häftlingen und deren Angehörigen, sowie allen Mitgliedern und Unterstützern, die an der niveaullvollen Gestaltung dieser Mahn- und Gedenkstätte aktiv mitgewirkt haben.“ Abschließend bedankte sich der Oberbürgermeister für die 25jährige gute Zusammenarbeit von AG Fünfeichen und Stadt Neubrandenburg.

Auch der Vorsitzende der UOKG, des Dachverbands der Opferverbände, Dieter Dombrowski, ging in seinem Grußwort auf die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit aller Partner in der geschichtlichen Aufarbeitung und der Erinnerungsarbeit ein, um für die einzelnen Opfergruppen auch die notwendige Anerkennung und finanzielle Unterstützung zu erreichen. Für die in

Neubrandenburg erzielten Ergebnisse in der Opferbetreuung und der Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätte fand er lobende Worte.

Die Gedenkveranstaltung aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung der AG Fünfeichen endete mit einer Festveranstaltung in der Neubrandenburger Konzertkirche. Hier nutzte ich die Möglichkeit, mich bei allen Mitgliedern und allen geladenen Gästen, ca. 550 Teilnehmer, für die jahrelange Unterstützung und gute Zusammenarbeit mit einem Konzert des Heeresmusikkorps ganz herzlich zu bedanken. Die Festansprache in der Konzertkirche hielt Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Im Namen des Landtages bedankte sie sich bei der Stadt Neubrandenburg und der AG Fünfeichen für die vorbildliche Gedenkortarbeit und die umfangreichen Materialien, die für eine gute Erinnerungsarbeit erarbeitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurden.

Bevor das ca. zweistündige Konzert begann, sprach Hans-Richard Auer im Namen der noch lebenden ehemaligen Häftlinge u.a. folgende Wort des Dankes:

„25 Jahre Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen. Ein Tag des Gedenkens, ein Tag des Erinnerns! Ein Tag, an dem Worte des Dankes gesagt werden sollen. Ja – wie wir, die letzten noch lebenden ehemaligen Häftlinge, 86 bis 97 Jahre alt, meinen – gesagt werden müssen!“

Rita Lüdtke

Ein Abgesang

Letztes Treffen des Bautzener Kirchenchores

Verhaltene Wiedersehensfreude und etwas Wehmut lagen über den elf älteren Damen und Herren, die sich vom 5. bis 9. Juni 2016 wieder in Eisenach trafen. Sechs ehemalige Häftlinge aus dem Kirchenchor im Bautzener „Gelben Elend“ von 1951 bis 1956 waren noch gekommen, dazu einige Ehefrauen, und auch aus der Enkelgeneration zwei Helfer für die Anreise. Drei Ehemalige konnten krankheitsbedingt nicht teilnehmen.

Alle freuten sich über das Wiedersehen und hatten reichlichen Stoff für Gespräche, dankbar für das kleine Wunder einer so dauerhaften Gemeinschaft. Man gedachte der vielen Verstorbenen, Filme riefen deren Gesichter ins Gedächtnis zurück, erinnerten an gemeinsame Aus-

flüge bei früheren Treffen und die alten Chorgesänge. Diskutiert wurde über die Besuche der Bautzener Gefängnispfarrerin, des EKD-Beauftragten für politische Gefangene und des Vorsitzenden des Bautzen-Komitees, Erinnerungen kamen auf an den Drehtag des niederländischen TV-Teams und dessen Film „Paradies in der Hölle“. Gesprächsthema war auch die entstehende Dissertation über die Gefängnisseelsorge in der frühen DDR und unseren damaligen Anstaltspfarrer Mund. Hier, in Sichtweite der für die deutsche Geschichte so bedeutsamen Wartburg, saß die letzte noch existierende Bautzener Häftlingsgruppe des ersten Nachkriegsjahrzehnts, und sie hatte, anders als andere Häftlingsgemeinschaften, über sechzig Jahre ihren

Zusammenhalt bewahrt. Dazu trugen neben den Wiedersehestreffen auch die 16 „Rundbücher“ bei: Sie kursieren seit 1954 und enthalten Zirkelbriefe der einzelnen Chormitglieder an die übrigen. Darin schrieb jeder, was sich in seiner Familie, seinem Beruf oder sonstwie ereignet hatte. Man diskutierte auch politische oder andere Probleme – gewiß ein seltenes Dokument der deutschen Zeitgeschichte.

Jetzt saß nur noch ein kleines Häuflein zusammen, früher aber waren es mehrere Dutzend, die sich seit 1958 regelmäßig und oft auch mit ihren Familien trafen: zunächst nur die in Westdeutschland wohnenden, nach 1989 auch die ostdeutschen Freunde. Die Männer waren in den ersten Nachkriegsjahren von Sowjetischen Militärtribunalen in der SBZ verurteilt worden und hatten bis zu zehn





Foto: Jochen Berndt

Treffen in Eisenach – wahrscheinlich zum letzten Mal.

Jahren in Bautzen und anderen DDR-Gefängnissen zubringen müssen.

Endlich frei, wollten sie die in den Haftjahren bewährte Freundschaft bewahren und kamen alle zwei Jahre zusammen, sangen die alten Chorsätze, und die hinzugekommenen Familien knüpften neue Freundschaften. Als ökumenischer Chor wirkten sie bei den Gastgemeinden in Gottesdiensten beider Konfessionen mit, solange es den älter werdenden Sängern stimmlich noch möglich war. Insgesamt 35 Mal traf man sich an wechselnden Orten, zunächst in Westdeutschland, ab 1994 meistens im Osten.

Wichtig war 1994 der Besuch in Bautzen mit einem bewegenden Gottesdienst

mit kleinen Gottesdiensten, aber auch im Gedenken der immer länger werdenden Reihe der Verstorbenen.

Von den insgesamt etwa 110 Männern, die dem Chor in Bautzen einmal angehörten (zur selben Zeit waren es immer nur 48), nahm gut die Hälfte an den Treffen teil, nicht alle regelmäßig. Zuerst lernten sich dabei die Frauen kennen, dann die vielen Kinder, und schließlich verkleinerte sich altersbedingt der Kreis wieder. Deshalb mochte man sich diesmal nicht mehr für das kommende Jahr verabreden. Es bleiben die familiären Verbindungen und Erinnerungen an die vielen Gemeinsamkeiten, aber auch der Wunsch, daß in der Öffentlichkeit die Erinnerung an das erlittene Unrecht

in der Anstaltskirche des „Gelben Elends“. Hier, auf der Orgelempore, schloß sich der Kreis: Wo die Chorgemeinschaft einst entstand und eine sinnvolle Aufgabe für die Mitgefangenen erfüllte, wo die Sänger aber auch selbst Trost fanden – hier konnten sie jetzt wieder stehen, als freie Bürger, erhobenen Hauptes, gerechtfertigt von der Geschichte, und ihre bewegten Ehefrauen waren nun dabei. Seit 2007 wurde dann Eisenach der ständige Ort jährlichen Wiedersehens, immer noch

im damaligen „Gelben Elend“ präsent bleiben möge. Dazu trugen neben den bekannten literarischen „Haftberichten“ des Chormitgliedes und letzten Chorleiters Walter Kempowski auch Rundfunk- und Pressebeiträge bei, ebenso kleinere Publikationen Ehemaliger, auch eine CD mit der Aufzeichnung von Chorsätzen aus dem Bautzener Repertoire, die bei den ersten Wiedersehenstreffen gesungen wurden.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, wer diesen Chor erst möglich machte: Mit Hans-Joachim Mund war in der frühen DDR ein ungewöhnlicher Pfarrer für die politischen Gefangenen tätig geworden, der vielen von ihnen half, nicht nur als Seelsorger. Seine Arbeit war eine schwierige Gratwanderung zwischen Kirche und Staat, aber er gab vielen Häftlingen menschlich und auch beruflich eine Perspektive, besonders denen im Kirchenchor. Hier ging seine Saat auf, es entstand eine Insel des Vertrauens in der sonst von „Zinkern“ durchsetzten Häftlingswelt. Und diese Erfahrung verband die Chorsänger nachhaltig.

Mit einem kleinen Festmahl in der „Lutherstube“ des Hotels und einem Gottesdienst in der schönen Hauskapelle (leider ohne Orgelspiel und Chorgesang) würdigten die Freunde diese besondere, wohl letzte Zusammenkunft einer lebenslangen Gemeinschaft.

Ulrich Haase

Würdigung politisch Verfolgter

„Die Erinnerung bleibt – Für Freiheit und Demokratie“, so der etwas sperrige Titel der Veranstaltung der Sächsischen Staatskanzlei, zu der Ministerpräsident Stanislaw Tillich am 15. Juni 2015 nach Dresden eingeladen hatte, in Kooperation mit dem Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Eingeladen waren Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR verfolgt und politisch inhaftiert waren und bzw. oder deren Nachkommen sowie Aufarbeitungsinitiativen und Angehörige von Opferverbänden.

Der Veranstaltungsort, der prächtige Ballsaal des Dormero Hotels Königshof, wurde vor Eintreffen des Ministerpräsidenten von Sicherheitskräften mit Hunden abgesucht. Zu Gast waren 170

Personen – davon 85 ehemalige Häftlinge –, meist verurteilt zu hohen Haftstrafen durch die Sowjetische Militäradministration SMAD. Auch 15 ehemalige – größtenteils weißhaarige – Hoheneckerinnen waren angereist, die trotz ihrer schweren Schicksale von einer ansteckenden Fröhlichkeit waren. Sie freuten sich über diese wunderbare Gelegenheit, sich wiederzusehen.

Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, hielt die Einführungsrede mit sehr viel Empathie und Wärme, die sehr gut bei den ehemaligen Häftlingen ankam. Er ging auf Schicksale verschiedener Opfergruppen ein und stellte einzelne Personen namentlich vor. Wie z. B. Margot Jann, eine der „frühen“ Hoheneckerinnen, die

sich noch heute aktiv mit Aufarbeitung beschäftigt. Sie ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und Ehrenvorsitzende im Hohenecker Frauenkreis. Am 2. September wird die toughe Frau 90 Jahre alt. Ein anderes Schicksal, das Rathenow erwähnte, war das der Familie Dertinger. Dertinger, Außenminister der frühen DDR, fiel unter Ulbricht in Ungnade, wurde verhaftet, mit Ehefrau und zwei Kindern, 16 und 13 Jahre alt. Der dritte Sohn, der neunjährige Christian, kam in eine Pflegefamilie, wo ihm erklärt wurde, daß er eigentlich eine Kriegswaise sei und Dertingers nicht seine wirklichen Eltern. Nach acht Jahren kam Frau Dertinger aus der Haft, der inzwischen jugendliche Christian wurde sofort aus der Familie geholt und der Mutter wieder übergeben. Die Pflegeeltern verkrafteten den Verlust nicht, die Pflegemutter verstarb nach wenigen Wochen, der Vater brachte sich um. Resümierend sagte Rathenow: „Uns

bleibt, an Ihr Schicksal zu erinnern, Ihren Mut zu würdigen und Ihre moralische Integrität in einer Zeit der verlorenen Werte hervorzuheben.“

Ministerpräsident Stanislaw Tillich betonte in seiner Rede die Werte Freiheit und Demokratie, die die Bürger der Ex-DDR durch die gelungene Friedliche Revolution 1989 seitdem genießen könnten, wie u.a. freie Schul- und Berufswahl, sich kritisch öffentlich über Politik äußern zu können, die Möglichkeit, in der ganzen Welt arbeiten oder studieren zu können. Er bedankte sich bei den Anwesenden für ihr Engagement und ihren Mut, ihre Erinnerungen an dunkle Zeiten im Osten Deutschlands zwischen 1945 und 1989 öffentlich zu machen und als Zeitzeugen zu dokumentieren, daß nach Kriegsende ein Unrechtsregime durch ein weiteres Unrechtsregime abgelöst wurde. „Ihr Leid und Unrecht“, so Tillich, „kann niemals wieder gut gemacht werden, aber dank Ihres Einsatzes für Freiheit und Demokratie dürfen wir heute in einem freien Land leben.“

Schließlich sprach Harald Möller, zehn Jahre Vorsitzender des Bautzen-Komitees, jetzt Ehrenvorsitzender sowie Träger des Bundesverdienstkreuzes. Er gedachte eingangs seiner zahlreichen inzwischen verstorbenen Haftkameraden aus dem

„Gelben Elend“ in Bautzen und bedauerte, daß leider viele Überlebende heute nicht mehr reisefähig seien, um einen solchen Tag miterleben zu können. Möller – Jahrgang 1928 – kam heim aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft, wollte sich endlich um seine Berufsausbildung kümmern und auf Lehramt studieren, als er 1948 verhaftet und zu zweimal 25 Jahren verurteilt wurde. Acht Jahre davon erlitt er im „Gelben Elend“. Er berichtete u.a. von der Übergabe der Haftanstalt an die Volkspolizei 1950. Hoffnung auf Haftverbesserung kam auf, die schnell schrecklich enttäuscht wurde. Die Situation verschlimmerte sich sogar, so daß es im März 1950 zu zwei Aufständen kam, die von der Volkspolizei blutig niedergeknüpelt wurden. Nach der Entlassung ging er sofort in den Westen. Kurz nach dem Mauerfall gründete er mit einigen Kameraden das spätere Bautzen-Komitee. Seine gar nicht kurze Festrede war beeindruckend, und beeindruckend ist auch der Mann, der sich nach wie vor aktiv in der Aufarbeitung betätigt.

Der Ministerpräsident unterhielt sich noch lange mit ehemaligen Häftlingen. Darüber haben sich die Hohenecker Frauen besonders gefreut, wie später in der Hotelbar zu hören war. Insgesamt war die Veranstaltung gelungen, und diese nachträgliche Würdigung tat den ehemaligen Häftlingen gut, so auch das Dinner im Anschluß. Warum jedoch die Männerquote am Rednerpult einhundert Prozent betragen mußte, angesichts des Anteils an eingeladenen Frauen, darüber wurde später am Abend auch noch diskutiert.

Sybille Krägel



Lutz Rathenow: Moralische Integrität in einer Zeit der verlorenen Werte hervorheben.

Verweigerung von Menschenrechten macht krank

Erstes Treffen von ehemaligen politischen Häftlingen in Brandenburg/Havel am 28./29. Mai 2016

Das Gefängnis in Brandenburg-Görden wurde 1945 bis 1989 auch als Haftanstalt für politische Gefangene genutzt. Von den bis zu 1900 Gefangenen wurden – unter aggressiven Kriminellen – z.B. jährlich 546 als „Staatsverbrecher“ inhaftiert, darunter 122 Flüchtlinge mit „Paßvergehen“. Die besondere Situation dort, mit ausschließlich Haftstrafen über fünf Jahren, auch für „Straftaten gegen die staatliche Ordnung“, war gekennzeichnet durch eine Häufigkeit strenger Arreststrafen. Seit 1951 wurden in der sozialistischen DDR auch politische Gefangene und Flüchtlinge als Kriminelle bezeichnet. Die Haftanstalt an der Havel mahnt uns heute als authentischer Ort von DDR-Repession.

Am Nachmittag des 28. Mai 2016 versammelten sich 45 Teilnehmer nach einem Aufruf der „Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Bran-

denburger Häftlinge 1945–1989“ im Industriemuseum Brandenburg/Havel (August-Sonntag-Straße 5). Dort im ehemaligen Stahlwerk, wo früher Häftlinge und Teenager des Jugendwerkhofs Lehnin Haftzwangsarbeit leisten mußten, begannen Betroffene, Zeitzeugen, Fachhistoriker und -historikerinnen in einem Rückblick auf die 60er Jahre mit Auszügen aus der aufrüttelnden Predigt von Martin Luther King 1965 und Tanzmusik von Ted Herold vom Plattenteller. Auf Initiative von Michael M. Schulz wurden symbolisch Gedenktafeln und Kränze für den ermordeten Brandenburg-Häftling Michael Gartenschläger aufgestellt. Nach mehreren Hungerstreiks und Freikauf wurde er 1976 beim mutigen Abbau von Selbstschußmechanismen 32jährig von Grenzsoldaten und Geheimdienst erschossen. Die Ausstellung im Industriemuseum sollte mit Hinweisen auf die

Haftzwangsarbeit ergänzt werden – als Teil der Ortsgeschichte.

Mehrere Fachvorträge folgten. Jurist Dr. Johannes Wasmuth sprach scharf heutige Defizite in den Rehabilitierungsgesetzen an. Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg, Generalstaatsanwalt von Brandenburg, beschrieb nachvollziehbar die Strategie zur Verfolgung von DDR-Menschenrechtsverletzungen und Brutalitäten des Strafvollzugspersonals, Prof. Dr. Dr. Roland Garve als Arzt und ehemaliger politischer Häftling menschenverachtende Praktiken im Haftkrankenhaus, wo oft Totschläger als Krankenpfleger eingesetzt wurden. Der Historiker Dr. Christian Sachse erläuterte plastisch: Die Verweigerung von Menschenrechten macht krank, was Pfarrer Bernd Wittchow vom Diakonischen Werk Oderland-Spree mit Beispielen untermauerte. Der politische Häftling und



Bauingenieur Jürgen Sydow forderte die Einhaltung des Menschenrechts auf Gesundheit, was sich in der Diskussion mit Roland Jahn als schwieriges Vorhaben herausstellte. Der Historiker Rainer Potratz aus Potsdam moderierte mit Sachkunde durch den interessanten Dialog zwischen Zeitzeugen und Wissenschaftlern, bei dem die anwesenden Betroffenen atemlos mitdiskutierten. Am Ende blieben viele belegte Brötchen übrig.

Am späten Nachmittag lief der Film „Die Todesautomatik“ (ZDF 2007). Mit einer

Abendandacht im Sonnenuntergang durch den Baptistenprediger und Bürgerrechtler Bernd Wittchow aus Buckow/Mark für den 1976 ermordeten mutigen Michael Gartenschläger wurde der tote Patriot als Vorbild und für sein charakterstarkes und widerständiges Verhalten in Haft geehrt.

Am Sonntag, dem 29. Mai 2016, legten dann zehn ehemalige politische Häftlinge an der kleinen Gedenkmauer am Eingang der heutigen JVA Brandenburg/H. vier Kränze nieder. Dieses Gedenken ist auf youtube dokumentiert. Dem heutigen

Gefängnispersonal wurde eine Gedenktafel aus Acryl überreicht zum Anbringen im Aufenthaltsraum, damit nie wieder systemisch gewalttätige Übergriffe auf Häftlinge geschehen. Danach versammelten sich alle zur Mitgliederversammlung. Die Interessengemeinschaft beschloß, ein zweites Häftlingstreffen am gleichen Ort mit diesmal breiterer Einladung am letzten Mai-Wochenende 2017 zu veranstalten und bestätigte das bisherige Leitungsteam in seinen Aufgaben.

Roland Brauckmann

Erinnerung schafft Zukunft

Öffentliche Gedenkveranstaltung am 1.7.2016 für die Opfer der „Malchower Werwolftragödie“ am Gedenkstein in der Malchower Gartenstraße

Das Opfergedenken war eingebettet in das 163. Malchower Volksfest. Diese jährliche Veranstaltung wurde durch die UNESCO zum immateriellen Kulturerbe erhoben. Das Opfergedenken gehört als fester Pro-

grammpunkt zum Volksfest und fand in diesem Jahr zum 19. Mal statt. Dabei wird überwiegend der 33 Mädchen und Jungen der Stadt Malchow gedacht, die unmenschliches Leid erlitten und von denen 13 nicht nach Hause zurückkehrten. Die letzten Überlebenden, Angehörige der Toten, Freunde, Bekannte, die Stadt Malchow, die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, die Opferverbände, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und viele andere Interessierte bekannten ihre Anteilnahme am Schicksal der Opfer am Gedenkstein. Eröffnet wurde das Gedenken mit dem „Lied der Mecklenburger“ vom Bläserquintett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg. Anschließend begrüßte der Bürgermeister der Stadt Malchow, Rene Putzar, die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung, u.a. auch Bischof i.R. Heinrich Radtke. Grußworte gehalten wurden von der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Anne Drescher, dem Mitglied des Vorstandes der VOS, May-Britt Krüger, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V., Joachim Krüger, dem stellvertretenden Vorsitzenden der UOKG, Roland Lange, der Vertreterin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna von Arnim-Rosenthal und dem Vertreter des Partnerschaftskreises Samtgemeinde Wesendorf e.V.

anstaltung mitgewirkt. Die einführenden Worte eines ehemaligen Schülers zeugten von viel Sachverstand hinsichtlich des Themas. Anschließend lasen die Schülerinnen und Schüler in einem Überblick die aufgearbeiteten Verhaftungen in Mecklenburg vor und nannten die Anzahl der Toten aus der Region. Einzelne Teilnehmer der Gedenkveranstaltung äußerten ihr Entsetzen über die hohen Opferzahlen, die ihnen vorher nicht bekannt waren.

Kränze und Gebinde wurden von den Opferverbänden, der Bundesstiftung, der Landesbeauftragten, der Stadt Malchow und dem Landkreis im Gedenken an die Opfer niedergelegt. Danach erklang vom Trompeter des Bläserquintetts die Silbermelodie „Ich hatt' einen Kameraden...“, in die später das gesamte Musikensemble einstimmt – ein ergreifender und nachdenklicher Moment für alle Anwesenden. Der Pastor der evangelischen Kirche Malchows, Eckhard Kändler, fand anschließend in seiner Predigt bewegende Worte. Dann stimmte das Quintett die Nationalhymne an und die Anwesenden sangen mit.

Später wurden alle Teilnehmer, auch die Musiker, von den heutigen Besitzern der Villa Blanck, Familie Halbig, auf das Gelände zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Den Service übernahmen, wie schon in den vergangenen Jahren, die Schüler unter der Leitung ihres Geschichtslehrers. Während der Kaffeetafel kam es zu interessanten Gesprächen, und es zeigte sich, daß die vorangegangene Gedenkstunde noch nachwirkte. Ein herzlicher Dank gilt allen Mitwirkenden und der Familie Halbig.

Horst Vau



Schülerinnen und Schüler der Fleesensee-Schule in Malchow.

grammpunkt zum Volksfest und fand in diesem Jahr zum 19. Mal statt. Dabei wird überwiegend der 33 Mädchen und Jungen der Stadt Malchow gedacht, die unmenschliches Leid erlitten und von denen 13 nicht nach Hause zurückkehrten.

Die letzten Überlebenden, Angehörige der Toten, Freunde, Bekannte, die Stadt Malchow, die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, die Opferverbände, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und viele andere Interessierte bekannten ihre Anteilnahme am Schicksal der Opfer am Gedenkstein.

Eröffnet wurde das Gedenken mit dem „Lied der Mecklenburger“ vom Bläserquintett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg. Anschließend begrüßte der Bürgermeister der Stadt Malchow, Rene

Putzar, die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung, u.a. auch Bischof i.R. Heinrich Radtke. Grußworte gehalten wurden von der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Anne Drescher, dem Mitglied des Vorstandes der VOS, May-Britt Krüger, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V., Joachim Krüger, dem stellvertretenden Vorsitzenden der UOKG, Roland Lange, der Vertreterin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna von Arnim-Rosenthal und dem Vertreter des Partnerschaftskreises Samtgemeinde Wesendorf e.V.

Die Gedenkrede hielt der Kreistagspräsident des Landes Mecklenburgische Seenplatte, Thomas Diener. Eine wichtige Aussage seiner Rede: „Die Lebenden müssen den Toten eine Stimme geben, und unsere Gesellschaft hat große Verantwortung, dem Vergessen entgegenzuarbeiten.“

Wie bereits in den vergangenen Jahren, haben Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe der Fleesensee-Schule Malchow auch 2016 an der Gedenkver-

Aufruf**Kaßberg
nicht verkaufen!**

Die Initiative Gerechtigkeit für SED-Opfer hat in einem Schreiben die politischen Entscheidungsgremien im Sächsischen Landtag aufgefordert, die ehemalige Untersuchungshaftanstalt im damaligen Karl-Marx-Stadt „Kaßberg“ nicht zu verkaufen. Vielmehr sollten Gebäude und Areal in Zusammenarbeit und mit dem Vorbild Zentrale Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen zu einem Dokumentationszentrum und einer Gedenkstätte entwickelt werden. Bisher ist lediglich ein Gedenkort vorgesehen, der der Dimension des sich dort zutragenden Unrechts nicht gerecht wird.

Seit Anfang der 60er Jahre wickelte das MfS dort den sogenannten Freikauf von politischen Häftlingen ab, Schicksale wurden entschieden, Eigentum abgepreßt, Scheidungen herbeigeführt, Adoptionen von Kindern erzwungen. Das DDR-Regime scheute vor nichts zurück. Es muß Nachwelt und Öffentlichkeit authentisch dargestellt werden, was sich dort über Jahrzehnte an Unrecht ereignet hat.

Wir schlagen u.a. vor:

- Abbildung aller Epochen des politischen Strafvollzugs
- Ehemalige Häftlinge sollen Besuchergruppen über das Areal führen, das auf den Stand der DDR-Justiz-Zeit zurückgebaut wird.
- Im Dokumentationszentrum werden Häftlingsschicksale benannt, Literatur und Unterlagen bereitgestellt und Veranstaltungen von Fachleuten und Häftlingen durchgeführt.
- Das Thema Freikauf wird in einer separaten Ausstellung ausführlich erklärt und beschrieben.
- Es soll ein Zentrum der Aufarbeitung des SED-Unrechts in Sachsen entstehen und entwickelt werden.

Wer dieses Anliegen unterstützen will, hat die Möglichkeit dazu mit der Unterzeichnung einer Online-Petition:

<https://www.change.org/p/sächsischer-landtag-kaßberg-gefängnis-als-gedenkstätte>

Mike Mutterlose/Dieter Gollnick/
Manfred Kriegel

**Frauenkreis
der ehemaligen
Hoheneckerinnen****Ergebnis der Mitgliederversammlung am 8. Juli 2016 in Zwönitz**

Das Amtsgericht Darmstadt hatte im Mai 2016 die Kameradinnen Regina Labahn, Catharina Mäge und Inge Naumann zum gemeinsamen Notvorstand bestellt. Die Aufgabenstellung war, eine Mitgliederversammlung einzuberufen und eine Vorstandswahl durchführen zu lassen.

Die Versammlung begann pünktlich wie eingeladen um 15.00 Uhr. Es waren neun Personen anwesend, davon acht ordentliche Mitglieder. Alle trugen sich in einer ausgelegten Anwesenheitsliste ein. Catharina Mäge begrüßte die anwesenden Mitglieder und berichtete, daß 98 Einladungen verschickt wurden, davon wurden 16 Einladungen wegen Unzustellbarkeit zurückgesandt. Regina Labahn legte in einer kurzen Darstellung die Gerichtsurteile und den Weg durch die Instanzen dar.

Auf Grund einer Mitgliederliste vom 7.6.2016 und der Vereinssatzung wurde die Beschlußfähigkeit der Versammlung festgestellt. Zur Versammlungsleiterin wurde Edith Fiedler und zur Protokollführerin Monika Schneider gewählt.

Es folgte die Vorstellung der vorgeschlagenen Kandidatinnen für den Vorstand. Danach wurden die Stimmenübertragungen geprüft. Alle Stimmenübertragungen konnten durch die zugehörige Kopie des Personalausweises identifiziert werden.

Der neue Vorstand wurde in fünf Wahlgängen in geheimer Wahl gewählt.

Hier der neue Vorstand:
Vorsitzende – Regina Labahn
2. Vorsitzende – Catharina Mäge
Schriftführerin – Monika Schneider
Kassenführerin – Inge Naumann
2 Beisitzer – Edith Fiedler und Birgit Krüger

Die Vorstandswahlen sind mit der Beschlußfassung am 8.7.2016 wirksam. Damit ist das 3jährige Ruhen des Vereins beendet. Die Eintragung beim Vereinsregister Darmstadt wurde zum Aktenzeichen 83063-Fall 10 am 19.7.2016 angemeldet.

Edith Fiedler

Roland Jahn in Kandel

(thg)Auf Einladung des südpfälzischen Bundestagsabgeordneten Dr. Thomas Gebhart war Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, im Vorfeld des 17. Juni dieses Jahres zu Gast in der Südpfalz. Nach einem gemeinsamen Besuch mit dem Abgeordneten im Pamina-Gymnasium in Herxheim wurde Roland Jahn von etwa 90 Besuchern der Veranstaltung im Kultursaal der Stadthalle Kandel erwartet. Der Bundesbeauftragte, der erst wenige Tage zuvor erneut in sein Amt gewählt worden war, konnte unter anderem auch Zeitzeugen und Stasi-Geschädigte in Kandel begrüßen.

Roland Jahn schilderte anhand eindrucksvoller autobiographischer Berichte, welchen Repressalien die Bürger der DDR ausgesetzt waren. Jahn selbst bekam im jungen Erwachsenenalter die Macht des Regimes zu spüren. So berichtete er von seinem Ausschluß an der Universität oder der Trennung von der Familie, nachdem er als Regime-Gegner ausreisen mußte. „Die Ausreise nach West-Berlin war mitnichten Freiheit. Nachdem man eingesperrt war, wurde man ausgesperrt, ohne Aussicht, jemals zurück in die Heimat zu gelangen.“

Jahn hob den Anspruch seiner Tätigkeit auch mit Blick auf jüngere Generationen hervor: „Wir müssen den Opfern eine Möglichkeit geben, die Dokumente über sie einzusehen. Darüber hinaus müssen wir gerade jungen Menschen verdeutlichen, daß Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind und man sie schützen muß. Diese jungen Menschen können sich heute nicht mehr vorstellen, daß an der deutsch-deutschen Grenze Menschen zu Tode gekommen sind.“



Roland Jahn nach der Veranstaltung mit ehemaligen Hoheneckerinnen.

„Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Haft- und Repressionsopfern der SED-Diktatur“

UOKG-Kongreß 2016

Sonnabend, 8. Oktober 2016, 11.00 bis 18.00 Uhr

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

Das vollständige Programm erscheint in der nächsten Ausgabe.

Gedenkveranstaltung

der AG Lager Sachsenhausen 1945–1950 in Oranienburg/Sachsenhausen nach 71 Jahren des Weiterbetriebs des KZ als sowjetisches Speziallager

Freitag, 23.09.2016

16.00 Uhr: fakultativ – Pflege der Massengräberanlage im Schmachtenhagener Forst

19.00 Uhr: Totengedenken, Erlebnisberichte von Gedenkveranstaltungen anderer Verbände

Sonnabend, 24.09.2016

10.00 Uhr: öffentliche Führung durch die Sonderausstellung im Speziallager-Museum „An Gefäßen für das Essen gab es nichts.“ – Keramikfunde zur Geschichte der sowjetischen Speziallager Mühlberg und Buchenwald

15.30 Uhr: öffentliche Diskussionsveranstaltung in der Gedenkstätte Sachsenhausen zu Erinnerungen mehrerer ehemaliger Häftlinge, die von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt waren

19.30 Uhr: Diskussion künftiger Projekte unserer Gedenkarbeit

Sonntag, 25.09.2016

09.30 Uhr: Opfergedenken und Kranzniederlegungen an den Gräberfeldern im Schmachtenhagener Forst und An der Düne

11.00 Uhr: Kooperative Veranstaltung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (GMS) und der Arbeitsgemeinschaft am ehemaligen Kommandantenhof, Redner:

- Martin Gorholt (Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg)
- Prof. Dr. Günther Morsch (Direktor der GMS)
- Joachim Krüger, MdB (Vorsitzender unserer Arbeitsgemeinschaft)
- Margot Jann (ehemalige SMT-Verurteilte), angefragt,
- kurze Andacht, Kranzniederlegungen

12.00 Uhr: Gedenken und Kranzniederlegung am Stein für die Opfer des Stalinitismus

12.30 Uhr: Mittagsimbiss in der ehemaligen Häftlingswäscherei der GMS, Gelegenheit zum Informations- und Gedankenaustausch mit anderen Besuchern der Gedenkveranstaltung

14.00 Uhr: Verabschiedung der Teilnehmer

Die Gedenkveranstaltung wird gefördert mit Mitteln der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Für Rückfragen nutzen Sie bitte nach Möglichkeit unsere Netzseite www.lager-sachsenhausen.de (Impressum bzw. Kontakt).

Suchanzeige

Wer erinnert sich?

Gesucht werden Hinweise zu **Käthe Delius**, Jahrgang 1893, inhaftiert bis 1950 im Speziallager Sachsenhausen. Käthe Delius, geb. 7. März 1893 in Hamm/Westfalen, war eine gelernte Hauswirtschaftslehrerin, bei Kriegsende 1945 zuletzt tätig als Oberregierungsrätin im Reichsministerium f. Wissenschaft und Erziehung.

Verhaftung am 21.11.1945 in Kleinmachnow (Operativgruppe 12 d. NKWD); bis zum 4.3.1946 inhaftiert in Hohenschönhausen, bis zum 19.1.1950 im Speziallager Sachsenhausen.

Nach ihrer Entlassung 1950 war Käthe Delius bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1955 Direktorin der Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft Bonn/Bad Godesberg und Stuttgart/Hohenheim.

Sie starb 1977.

Für alle Hinweise bedankt sich herzlich

Dr. Ortrud Wörner-Heil, Hauptstr. 64, 36129 Gersfeld, Tel. (066 56)34 70 36, mobil (0172) 946 12 07, E-Mail woerner-heil@t-online.de

Jamlitz

Die Initiativegruppe Internierungslager Jamlitz e.V. lädt herzlich ein zur diesjährigen Gedenkveranstaltung auf dem Waldfriedhof in Jamlitz am **Sonnabend, dem 10. September 2016**. Zum 27. Mal erinnern wir an Leid und Tod der im Sowjetischen Speziallager Nr. 6 in Jamlitz von 1945 bis 1947 inhaftierten Frauen, Männer und Jugendlichen. Ebenso gedenken wir der Häftlinge und Toten des ehemaligen KZ-Außenlagers Lieberose.

11.00 Uhr: Gedenkgottesdienst in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose mit Susanne Brusch, Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land

14.00 Uhr: Gedenken an den Massengräbern auf dem Waldfriedhof in Jamlitz

- Kranzniederlegungen
- Begrüßung der Teilnehmer durch die Vorsitzende
- Erinnern an die Toten
- Gedenkansprache von Superintendent i.R., Eckhard Fichtmüller, Vorsitzender der IG Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V.
- Grußworte weiterer Persönlichkeiten
- Dank

Unsere Feierstunde wird durch die Liedertafel Lübben und den Bläserchor Lieberose künstlerisch begleitet.

Ab 12.00 Uhr: Ausstellung „Erheben den Blick“ Sowjetische Haftstätten in Deutschland 1945–1955 im Spiegel künstlerischer und literarischer Zeugnisse, Justus-Delbrück-Haus, Bahnhof Jamlitz

Michaela Kossatz-Reinke
Vorsitzende

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.
Tel. (03 41) 9 61 24 43
Fax (03 41) 9 61 24 99

Veranstaltungen

2.9. (Fr), 19.00 Uhr:

„Zwischen Liebe und Zorn“, Film u. Diskussion mit Fotograf Harald Hauswald; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. im Rahmen der Ausstellung „Gegenstimmen“ – Kunst in der DDR 1976-1989; Ort: Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin

6.9. (Di), 18.00 Uhr:

Abgepreßt und versilbert – Der Kunsthandel der KoKo, Vortrag v. Rechtsanwalt Dr. Ulf Bischof; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

6.9. (Di), 18.00 Uhr:

„Feind ist, wer anders denkt!“, Eröffnung einer Ausstellung über das MfS, mit Roland Jahn, BStU, Klaus Schlie, Präsident des Landtages, Dr. Völker Höffer, BStU, Aaron Jessen, Mitherausgeber „Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark & die DDR“; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

6.9. (Di), 18.00 Uhr:

„Stasi reloaded – Leben wir in einem Überwachungsstaat?“; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung, d. Berliner LStU u.d. Deutschen Gesellschaft e.V. in der Reihe „Deutschland 2.0“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

8.9. (Do), 19.00 Uhr:

„Gefangen und freigeschaut“, Lesung mit Matthias Bath; Veranstaltung des Museums Lichtenberg im Stadthaus im Rahmen der Ausstellung „Rückwärts nimmer“ von Katrin Büchel u. Gino Kuhn; Ort: Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstr. 24, 10317 Berlin

9.9. (Fr), 19.00 Uhr:

„Engelbecken“, Film u. Diskussion mit den Regisseuren Gamma Bak u. Steffen Reck; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. im Rahmen der Ausstellung „Gegenstimmen“ – Kunst in der DDR 1976–1989; Ort: Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin

11.9. (So), 10.00–17.00 Uhr:

„Ein Ort wie kein anderer“. Die Rostocker Stasi-U-Haft als historisches Denkmal, Sonderöffnung zum Tag des offenen Denkmals; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

11.9. (So), 10.00–17.00 Uhr:

Tag des offenen Denkmals „Gemeinsam Denkmale erhalten“, Zeitzeugen- und Sonderführungen, Dokumentarfilme u. a.; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

25 Jahre IG Lager Mühlberg

XXVI. Mahn- und Gedenktreffen am 9./10. September 2016 in Mühlberg/Elbe

Freitag, 9. September

17.00 Uhr: Eröffnung, Begrüßung durch Pfarrer Matthias Taatz, Vorsitzender der IG Lager Mühlberg

„Musik im Speziallager Mühlberg“, Vortrag v. Anna Barbara Kastelewicz

19.00 Uhr: Gemeinsames Abendessen

Sonnabend, 10. September

9.30 Uhr: Gedenkveranstaltung am Denkmal für die verstorbenen Kriegsgefangenen auf dem Friedhof in Neuburxdorf

10.30 Uhr: Mahn- und Gedenktreffen am Hochkreuz der Gedenkstätte für die Verstorbenen des sowjetischen Speziallagers Nr. 1

- Begrüßung: Pfarrer Matthias Taatz
- Andacht: Pfarrerin Kerstin Höpner-Miech
- Grußbotschaft: Sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Barbara Kiepsch
- Gedenkansprache: Arnold Vaatz MdB, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Musikalische Begleitung:
Posaunenchor Mühlberg

12.30 Uhr: Empfang durch den Landrat des Landkreises, Christian Müller-Jaschinski im Refektorium des Klosters Marienstern in Mühlberg

14.30 Uhr: Konzert des Orchesters Sinfonietta Dresden, in der Klosterkirche

Stellenangebot

Für die Sozialberatung von ehemaligen Opfern der SBZ-/SED-Diktatur suchen wir eine/n Mitarbeiter/in für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Es handelt sich um eine Vollzeitstelle. Erwartet werden eine Berufsqualifikation und Lebenserfahrung, die zur Beratung von teilweise traumatisierten Opfern befähigen.

Nähere Informationen und Bewerbungen an:
UOKG-Bundesgeschäftsstelle/Vorstand,
Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin;
Tel. (030) 55 77 93 51

Abschied

In Trauer und Dankbarkeit gedenken wir unserer Ehrenvorsitzenden

Waltraut Marschhausen

gestorben am 18. Juni 2016
kurz nach der Vollendung Ihres
91. Lebensjahres.

Waltraut Marschhausen gehört zu den Frauen und Männern, die schon 1990 die Initiative ergriffen, öffentlich an das sowjetische Internierungslager Ketschendorf zu erinnern. Sie kannte das Leiden im Lager aus eigener Erfahrung in den Lagern Ketschendorf, Jamlitz und Mühlberg.

Nach ihrer Entlassung hat sie unter dem Schweigegebot gelitten, das allen Überlebenden auferlegt wurde. 1990 sah sie erstmals in Ostdeutschland die Möglichkeit, öffentlich an das Leiden und Sterben in den sowjetischen Internierungslagern zu erinnern und der Toten zu gedenken.

Mit großem Mut und Engagement erkämpfte sie zusammen mit Erika Schulz beim Runden Tisch in Fürstenwalde die Zustimmung für eine erste Gedenkveranstaltung, die dann schon am 8. Mai 1990 stattfand.

Damit begann in ihrem Leben eine Zeit, die im Zeichen der Aufarbeitung der Geschichte des Lagers Ketschendorf und seiner Opfer stand. Sie wurde Vorsitzende der sich gründenden Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf, war Anlaufstelle für sehr viele Menschen, die nach den Jahrzehnten des verordneten Schweigens hofften, Auskunft über das Schicksal von 1945/46/47 verschollenen Angehörigen zu erhalten, engagierte sich für eine würdige Gestaltung der Gedenkstätte und für kontinuierliche Gedenkveranstaltungen.

Den Vorsitz im Verein übte sie bis 1996 aus, wurde danach Ehrenvorsitzende und blieb der Initiativgruppe und ihrer Arbeit weiter eng verbunden.

Für ihre Verdienste wurde ihr das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Der Vorstand der Initiativgruppe
Internierungslager Ketschendorf/
Speziallager Nr. 5 e.V.
Eckhard Fichtmüller, Vorsitzender



Der Idealist

Der Buchautor hatte Zugang nicht nur zu Henry Kissingers privaten Unterlagen, sondern ebenso zu weiteren 8320 Dokumenten und konnte etliche Personen in verschiedenen Erdteilen interviewen. Galt Kissinger doch zu seinen Zeiten als der einflussreichste amerikanische Politiker. Zu werten ist er als Idealist, der sein Handeln den großen Sehnsüchten der Menschen unterordnete: Freiheit und Gerechtigkeit sowie dauernden Frieden.

Als Jude blieb seiner Familie 1938 nur die Auswanderung aus ihrer deutschen Heimat. Trotz jener „Kristallnacht“ erhöhten die USA nicht ihre Einwanderungsquoten für diese Verfolgten, die es in ihrer neuen Welt ohnehin nicht leicht hatten. Neben seiner harten Fabrikarbeit besuchte der junge Flüchtling die Abendschule. Bald fiel er durch seine klugen Artikel in führenden US-Zeitungen auf. 1943 wurde Kissinger US-Soldat, angesichts seiner Intelligenz kam er zu einer Spezialeinheit und nahm an den verlustreichen Ardennen-Kämpfen teil, um nach sechs Jahren, am 25. November 1944, wieder deutschen Boden zu betreten. Er gehörte zu den ersten Amerikanern, die das KZ Ahlen befreiten – es muß schrecklich gewesen sein, jahrelang wollte er nicht darüber sprechen.

In Krefeld hatte er eine neue Verwaltung aufzubauen. 1946 besuchte Kissinger seine alte Heimatstadt Fürth. Seine 30 jüdischen Verwandten hatten das KZ nicht überlebt. So war er anfangs recht feindselig gegenüber den Deutschen, doch bald machte er einen Unterschied zwischen

NS-Kriegsverbrechern, den vielen Mitläufern einerseits und den nicht wenigen Opfern der Hitlerzeit andererseits. Dennoch hegte er lange Zweifel an der Beständigkeit des Bekenntnisses der Deutschen zur Demokratie, auch wenn er stets seine Bewunderung für die Bundesrepublik bekundete. Natürlich bemerkte er das zeitweilige Mißtrauen Adenauers gegenüber den USA. Nach seinen Eindrücken zogen nicht wenige Westdeutsche damals die Russen den

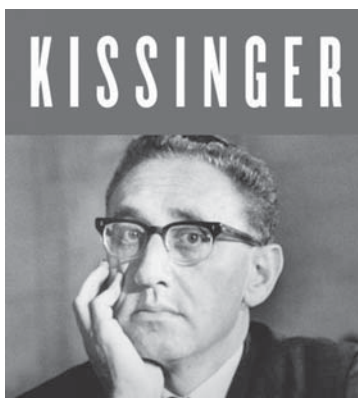
Amerikanern vor und lehnten jede Wiederbewaffnung ab.

Waren es seine Erfahrungen mit der NS-Diktatur, die Kissinger bereits 1946 zu einer äußerst skeptischen Einstellung gegenüber der Sowjetunion veranlaßten? Sehr früh jedenfalls kritisierte er Washingtons ungenügende Einschätzung der sowjetischen Absichten. Nach seiner Ansicht wollte Moskau durch Erpressung die freie Welt allmählich zur Kapitulation zwingen. Jede westliche Konzession wäre nur Ausgangspunkt für neue Angriffe. Großes Mißtrauen hegte er gegen sogenannte Realisten, die stillschweigend manche Länder den kommunistischen Diktaturen überließen, nur um keine Auseinandersetzung zu riskieren. Die USA, forderte er, sollten in eine „geistige Offensive“ gehen.

Indes fand Anfang 1961 der US-Botschafter in Moskau eine Einschränkung der Massenflucht aus der DDR für die USA „durchaus akzeptabel“, der US-Präsident war zumindest damals nur am freien Zugang seines Militärs nach West-Berlin interessiert. Kissinger, der eigenartigerweise nie zu den Berlin-Beratungen hinzugezogen und offenbar vom Bau der Berliner Mauer überrascht wurde, sah darin „eine Katastrophe“. Daß man die Menschen im Osten ihrem Schicksal überließ, fand er „doppelt empörend“ und sah dies als Ergebnis „von Kennedys Inkonsequenz, Unentschlossenheit und gescheiterter Politik“. Der Leser spürt seine Wut über den US-Präsidenten, wenn er diesen nach dem Bau der Mauer offen attackierte: „Er muß sich irgendwann vor dem verdammten Gericht der Geschichte verantworten!“

Auf Chruschtschows Drohungen, West-Berlin zur „freien Stadt“ umzuwandeln, forderte Kissinger für den Fall einer sowjetischen Besetzung ein Ultimatum und notfalls einen totalen Krieg zu führen, „als letztes Mittel, wenn die Freiheit Berlins nicht anders zu verteidigen ist“. Man müsse dem Kreml zeigen, daß Washington dazu entschlossen sei.

Auf drei Seiten schildert das Buch die Begegnung Kissingers mit Egon Bahr im April 1965, der ihm sein Weltbild vortrug. Dieser hörte sich dessen Pläne „mit Entsetzen“ an. An anderer Stelle liest man ähnlich, „Kissinger ertrug kaum noch diese unsinnigen Vorstellungen“. Im Gegensatz zu Bahr forderte er vehement die Einheit Deutschlands mit der Begründung, diese sei Voraussetzung für eine echte europäische Sicherheit! Zugleich verwies er immer wieder auf das Prinzip der Selbstbestim-



DER IDEALIST 1923-1968



Niall Ferguson: Kissinger – Der Idealist, 1923-1968, Band 1, Propyläen-Verlag, Berlin 2016, 1120 S., 49,- €

Veranstaltungen

11.9. (So), 10.00–18.00 Uhr:
Führungen, Vorträge und vieles andere zum **Tag des offenen Denkmals**; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Straße 112a, 01099 Dresden

11.9. (So), 11.00–18.00 Uhr:
Tag des offenen Denkmals mit Sonderführungen, Filmvorführungen u. Ausstellungen; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

13.9. (Di), 17.00 Uhr:
Handwerker des Archivs. Die Restaurierungswerkstatt des BStU, Vortrag u. Führung; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, ehemalige Stasi-Zentrale, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

13.9. (Di), 20.00 Uhr:
„Die Brücke“, SBZ/DDR 1949, Spielfilm, Vorfilm „Der Augenzeuge 9/1949“; Vorführung in der Filmreihe Zeitschnitt 2016 d. LAKD Brandenburg; Ort: Tanzsalon Zippel, Puschkinstr. 16, 16225 Eberswalde

14.9. (Mi), 14.00 Uhr:
„Mauern-Gitter-Stacheldraht. Politische Verfolgte in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR“, Ausstellungseröffnung, Ref. Alexander W. Bauersfeld, Zeitzzeuge; Veranstaltung d. UOKG u.a.; Ort: BStU Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

14.9. (Mi), 18.00 Uhr:
Verborgene Wunden. Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe, Buchvorstellung, Vortrag u. Lieder mit Dr. Karl-Heinz Bomberg; Ort: Helios-Kliniken, Carl-Friedrich-Flemming-Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Wismarsche Str. 393–397, 19049 Schwerin

16.9. (Fr), 19.00 Uhr:
„Liebe“, Lesung u. Diskussion mit Michael G. Fritz u. Peter Wawerzinek, Mod. Dr. Monika Zimmermann; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. im Rahmen der Ausstellung „Gegensimmen“ – Kunst in der DDR 1976-1989; Ort: Martin-Gropius-Bau, Nierderkirchnerstr. 7, 10963 Berlin

17.9. (Sa), 18.00–01.00 Uhr:
Museumsnacht mit Ausstellungseröffnung, Führungen, Filmen u.a.; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Straße 112a, 01099 Dresden

20.9. (Di), 18.00 Uhr:
„Ein Leben im Schatten des Kalten Krieges. Erinnerungen an 22 Jahre Haft in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR“, Lesung mit Autor



Peter Herrmann; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

22.9. (Do), 19.00 Uhr:
„Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“, Ausstellungseröffnung, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Michael Heinz, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Museums- und Vereinshaus, Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen

24.9. (Sa), 18.30 Uhr:
„Verschwommen“, Lesung mit Rita Bergemann u. Angelika Basdorf; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Schloß Sacrow, Spiegelsaal, Kramnitzer Str. 33, 14469 Potsdam

26.9. (Mo), 18.00 Uhr:
„Wir sind das Volk. – Wer ist das Volk?“ Regionalkonferenz Thüringen; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.d.. BMI; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt; Anmeldung unter E-Mail heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 88 41 22 54

27.9. (Di), 16.00 Uhr:
 Geschichte lesen. **Nationale Volksarmee und die Stasi**, Führung, Lesung u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

28.9. (Mi), 19.00 Uhr:
Strafvollzug in der DDR, Vortrag v. Frank Hiekel, Leiter der JVA Görlitz, im Rahmen des Themenjahres „300 Jahre Gefängnis Waldheim – 300 Jahre Vollzugsgeschichte in Sachsen“

28.9. (Mi), 19.00 Uhr:
„Zeitzeugengespräch: Inhaftiert in Rummelsburg“, Mod. Jens Schöne, LStU; Veranstaltung des Museums Lichtenberg im Stadthaus im Rahmen der Ausstellung „Rückwärts nimmer“ von Katrin Büchel u. Gino Kuhn; Ort: Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstr. 24, 10317 Berlin

Theaterprojekt

„Die Kugel und das Opium – Verbotene Biographien“

Mit Texten von Liao Yiwu

Termine: 1., 3., 8., 10., 15. und 17. September, jeweils 19.30 Uhr; 4., 11. und 18. September, jeweils 17.00 Uhr
 Ort: Gedenkstätte Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin

Karten: www.eventim.de, kugelundopium@mal.de, Buchhandlung der Gedenkstätte

mung, das auch den Deutschen zustehe. Zuweilen scheint dabei die Sorge der Amerikaner wegen eines neuen Rapallo der Deutschen eine gewisse Rolle gespielt zu haben; auch die negativen Erinnerungen Kissingers an das naive Verhalten Londons und Paris' beim Münchner Abkommen 1938 scheinen zu seiner harten Einstellung gegenüber der kommunistischen Diktatur beigetragen zu haben.

Das überaus interessante Buch behandelt nicht nur die jüngste Vergangenheit. Wie die Neue Zürcher Zeitung schreibt, erhält es „derzeit eine ungeahnte Aktualität, ihre Kenntnis ist für eine Strategie des Westens gegenüber Putins Moskau unerlässlich. Denn wie eine der vielen Weisheiten Kissingers für die Diplomatie lautet: Nur wer die Geschichte der Staaten und ihrer Beziehungen kennt, kann eine erfolgreiche Strategie entwickeln.“

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wie ein Blatt im Wind

(VT) Es ist die Geschichte eines Jungen aus Lübeck, der eine glückliche Kindheit verlebte. Doch den Kinderschuhen entwachsen, begann für ihn eine Odyssee, in der er durch die Wirren des Krieges getrieben wurde, wie ein Blatt im Wind. Autor Wolfgang M. Brockmann erzählt in ehrlicher, lebendiger und zugleich spannend anrührender Weise, wie er, und mit ihm eine ganze Generation von Jugendlichen, schmerzhaft erfahren mußte, wie kostbar Frieden, wie kostbar das Leben ist.



.....
 Wolfgang M. Brockmann: *Wie ein Blatt im Wind. Meine Kinder- und Jugendzeit im Schatten von Krieg und Gefangenschaft*, B Verlag&Medien (eszet-Verlag), Rostock 2008, 223 S., 9,80 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im August und September Geburtstag haben

Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August, Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Penatenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
 Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
 Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
 Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Rosemarie Badock, Uwe Behne, Hans-Jürgen Bestehorn, Gerold von Busse, Erna Carbow, Dr. Manuela Eickenroth, Dr. Sabine Erler, Baldur Haase, Johanna Hanncke, Horst Hauptmann, Ulf Hutengs, Peter Irmischer, Reinhard Klaus, Klaus Krüger, Kurt Kugler, Horst Lehmann, Gerd Lukoschus, Fritz u. Barbara Mathei, Werner Mieth, Detlev Putzar, Eike Christine Radewahn, Ruth u. Walter Schulz, Kristin Seidel, Dr. Heinz Steudel, Siegfried Stoy, Gabriele Streckfuß, Gerhard Täuber, Kerstin Walther, Rudolf u. Margarete Walther, Dr. Ansgar Wolff, Gisela Wollscheid

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Zusammenkommen ist ein Beginn.
Zusammenbleiben ist ein Fortschritt.
Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.

Harry Ford

Da lacht der Klassenfeind

„Der Vater der Frau ist von der
Mutter der Ehefrau geschieden.“

(XIV/35/61)

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Vorstandsbeauftragter:
Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelegebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 2. August 2016

